

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl.  
monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl.  
Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl, monatl. 5,89 zl. Unter Streifband in Polen  
monatl. 8 zl, Danzig 3 zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr.  
Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebs-  
störung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der  
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Herausf. Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzelle 15 gr, die einspaltige  
Reklamezelle 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pl.,  
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei  
Playvorlesung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von An-  
zeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen  
der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr  
übernommen. — Postlestellkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 90.

Bromberg, Mittwoch den 20. April 1932.

56. Jahrg.

### Hitler als Erzieher — in Polen und in Frankreich

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Man würde irregehen, wenn man auf Grund einiger Blätterstimmen annähme, daß die polnische öffentliche Meinung den Kampf der Deutschen Reichsregierung gegen die Nationalsozialisten etwa durchweg vom Gesichtspunkte der die Brüning-Regierung stützenden Parteien aus betrachtet und beurteilt. Gewiß war die Auffassung der mit Hitlers Vordringen zur Macht in Deutschland zusammenhängenden Probleme eine Zeitlang hier sehr stark von der deutschen demokratischen und sozialistischen Presse beeinflußt. Man mache es sich leicht und hält sich an das Schema: die Regierungsparteien seien der Fortschritt und die Vernunft, die Nationalsozialisten dagegen repräsentieren den Rückschritt und den Wahnsinn. Dieses Schemas bedienen sich auch die Regierungsbücher, deren Publizisten, sofern es nicht um Machtinteressen des Sanierungsregimes geht, so gern ihren alten liberal-demokratischen Denkgewohnheiten fröhnen. Und überhaupt neigt man dazu, Nachbarvölker, mit denen man Konflikte hat oder befürchtet, durch die Brille liberal-demokratischer Forderungen zu betrachten und von ihnen recht viel „Fortschritt“, Toleranz, Selbstverleugnung und alle möglichen lammfrommen Tugenden zu verlangen, während den besonderten Völkern das Recht eingeräumt wird, sich soviel Rücksichtlichkeit, Geduld, brutalen Egoismus zu leisten, als ihnen in ihren politischen Kram paßt.

Von den Zuständen z. B., die im Lande unseres rumänischen Bundesgenossen herrschen, erfährt man gelegentlich aus den trünenreichen Schilderungen des jüdischen „Naz“ Pragad“, aber nicht aus dem Schweigen im Walde der Regierungsbücher aller Schattierungen, die an gewissen rumänischen Ereignissen und Sitten vielleicht euklerweise achlos vorbeigehen. Es ist — abgesehen recht schön von der polnischen Presse, daß sie an Deutschland, den hochgeachteten Feind, Marschall anlegt, die sie aus dem Museum toter Ideale hergeholt. Also wurden der Sieg Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl und dann die Maßnahmen gegen die Organisationen der Nationalsozialisten von den „Mäßigkeit“ predigenden Publizisten (die selbst Wein trinken und den anderen Wasser anpreisen) als Tatsachen angesehen, die eine gute Note verdienen. „Das Benehmen des Schülers Deutschland — merklich besser“ — erklärte der polnische Examinator vor der weltpolitischen Prüfungskommission.

Doch plötzlich ist dieser und jener von den Herren Examinatoren inne geworden, daß die Dinge nicht so einfach liegen. Man wurde nachdenklich. Die Ansichten begannen sich zu differenzieren. Manche Blätter, die etwas auf sich halten, bieten ihren Lesern gleich mehrere Betrachtungsweisen zur Auswahl, z. B. neben einer liberalistischen auch folgende: „Allerdings bedauert Hitler: „Rückschritt“, nationalistischen Wahnsinn, unmittelbare Bedrohung Polens, aber Hindenburg-Brüning bedeuten: die schlauere Politik, sie sind also gefährlicher. Hitler ist obendrein vielleicht gar ein unbewußtes Werkzeug der Politik der Reichsregierung, wer weiß?... Vielleicht hat Moskau recht, daß es die deutschen Kommunisten für Hitler stimmen läßt? —

Von diesem Standpunkte führen Abzweigungen je nach der Antwort auf Fragen wie die: wird Frankreich vor Hitler erschrecken oder nicht? Wird es, wenn es erschrickt, lieber ihm oder England Zugeständnisse machen? Und so weiter. Denn hier entwickelt sich eine sehr weite Kette von Fragen.

Einen ganz anderen Weg der Betrachtung schlagen jene, zumeist rechtsnationalistischen Politiker und Publizisten, aber nicht diese allein, ein, welche zu behaupten wagen: Hitler sei keineswegs die verkörperte Reaktion, auch nicht der verkörperte Wahnsinn. Die Nationalsozialisten sind ein Produkt lebendiger, greifbar vorhandener Verhältnisse, während z. B. die Sozialdemokratie oder das Zentrum in Deutschland traditionelle Gebilde sind und in einem offenen Missverhältnisse zu den Realitäten zu stehen scheinen. Kurz: die „Nazis“ deuten in die Zukunft und werden bleiben. Denn die Zukunft heißt: integraler Nationalismus, kommunistisch geimpft.

Auch in der Weltpolitik werde durch Hitler alles in raschere Bewegung kommen. Polen müsse sich daher vorsehen. Also fort mit der Sanierung! Fort mit den Freimaurern! Hoch der Obmopoli! Unser Hitlerismus soll Universal, antisemitisch, doch frei von der geringsten sozialistischen Beimischung sein. Judenfreier, nationalistischer Kapitalismus — das ist die Formel, die den Widerstreit zwischen der faschistischen Romantik Koszickis und der bürgerlichen Realität Rybarskis vielleicht überkritisieren könnte. Dabei bleibt Omowksi, der im Kampfe gegen Marx sich im Marxismus versteckt hat, außer dem Rahmen. Aber Omowksi ist Prophet; man kann ihn gegebenenfalls je nach Bedarf „auslegen“. Wie man sieht, steht diese Ansicht mit beiden Füßen in der Utopie. Solche Utopien aber und überhaupt programmatische Nullarbeiten sind — wie die Erfahrung lehrt — kein großes Hindernis auf dem Wege zur Macht, jedenfalls ein viel geringeres, als sehr oft ein vernünftiges, realisierbares Programm.

### Bon der Ostsee bis zum Mittelländischen Meer! Unterredungen des Marschalls Piłsudski in Bukarest.

Dem „Kurier Poranny“ zufolge hat sich Marschall Piłsudski während seines Aufenthalts in Rumänien bemüht, eine ganze Reihe von Fragen militärischer und wirtschaftlicher Natur und auch die Frage eines Staatenblocks von der Ostsee bis zum Mittelländischen Meer zu klären. Den Gegenstand weiterer Beratungen soll die Einleitung von Verhandlungen zwischen Rumänien und Russland über den Nichtangriffspakt zwischen diesen beiden Staaten bilden.

In bezug auf die polnischen Beziehungen mit Rumänien kommt es vorwiegend das Blatt, daß einige Fragen militärischer Natur noch nicht genügend festgelegt worden seien. Auf wirtschaftlichem Gebiet würden sich die Staatsmänner in Bukarest zusammen mit Marschall Piłsudski mit den Handelsverhältnissen zwischen Rumänien einerseits, sowie Frankreich und Deutschland andererseits beschäftigen. Aus Anlaß des im November 1931 zu stande gekommenen Wirtschaftsabkommen zwischen Rumänien und Deutschland, das im März d. J. in Kraft treten sollte, hatte der polnische Gesandte in Bukarest Herr Szembek bei dem rumänischen Außenminister Ghika Schritte unternommen und betont, daß die Inkraftsetzung dieses Abkommens der polnischen Industrie und der polnischen Landwirtschaft Schaden zufügen würde. Die Frage ist für Polen, so betont der „Kurier Poranny“, das ein loyaler Bundesgenosse Rumäniens sein will, sehr wichtig, und man dürfe hoffen, daß es dem Marschall Piłsudski gelingen werde, den rumänischen Bundesgenossen von der Bedeutung dieser Angelegenheit für das Bündnis zwischen Polen und Rumänien zu überzeugen.

Der polnische Rechtsnationalismus kann, vielleicht weil er mehr auf die Innenpolitik eingestellt ist, eine gewisse Sympathie für den deutschen Nationalsozialismus nicht verschließen. Viest man manche Ausführungen der endekischen Führer, so möchte man ausrufen: Hitler als Erzieher! Aber auch in den außenpolitischen Betrachtungen oder richtiger: Jeremiaden und in der an den angeblichen Schlappheit Zaleskis geübten Kritik des Rechtsnationalismus kommt es irgendwie doch zum Ausdruck, daß es für Polen vorteilhafter wäre, wenn Hitler statt Brüning den außenpolitischen Tanz Deutschlands führe und wenn eine derbere Sprache die bisherige diplomatische Geheimsymbolik ersetze. Ach, wenn doch — so lautet der Stoßausdruck — Hitler Frankreich schließlich dazu brächte, die Geduld zu verlieren!

Auf dieser Linie treffen sich Publizisten verschiedener Parteien (die Sozialisten ausgenommen). Es ist etwas Mystisches im Glauben an die große „Hs“ (wienerisch gesprochen), die Hitler in der internationalen Politik aufzuführen imstande sei und an den Schrecken, der dann in die Glieder der Franzosen fahren und dem polnischen Bundesgenossen gute Frucht einzutragen würde.

Ein typisches Beispiel für diesen mystischen Glauben ist eine Pariser Originalkorrespondenz, die das Organ des „Leviathan“, der „Kurier Polski“, bringt. Dieses Blatt, das der internationalen Hochfinanz sicher nicht abgeneigt ist und Hitler schon so oft als „gefährlichen Narren“ gezeichnet hat, läßt sich und seine Leserschaft von Paris aus belehren, daß die französischen Republikaner den Sieg Hitlers bei den preußischen Landtagswahlen herbeiwünschten. Hitlers Sieg werde in Frankreich als letzter Rettungsanker vor einem sonst sicheren Sieg der Kommunisten bei den dortigen Parlamentswahlen angesehen und herbeigesehnt. Wie komisch sind die paradoxen Verwicklungen der Weltpolitik oder — wie grotesk spiegelte sie sich in den Köpfen der Berufspolitiker ab! Also: Hitler als Erzieher auch in Frankreich!

Doch lassen wir nun den Pariser Korrespondenten des „Kurier Polski“ sein Sprüchlein herhören. Seine immerhin interessante Schlußfolgerung der Vorwahlsstimmungen in Frankreich lautet:

„Es mag als paradox erscheinen, doch der Sieg Hitlers in Preußen liegt in hervorragendem Grade im Interesse der französischen Regierung. Wenn nämlich Hitler die vorausgesetzte riesige Zahl von Mandaten im Landtag, die nach den jetzigen Chancen 200 übersteigen kann, erwirkt (Die nationalsozialistischen Schätzungen selbst beziehen sich auf 180 Mandate. D. R.), dann wird Frankreich unter demindruck dieser Tatsache seine republikanische Front zusammenschließen. Der gallische Hahn wird Alarm krähen, man wird aus der Kumpelkammer die verstaubten und zerfetzten Fahnen von Verdun herausholen, und die Wahlen werden das bisherige französische Volkswert der Ordnung und des Gleichgewichtes in Europa nur verstärken. Es ist also einleuchtend, weshalb die Franzosen sich erst nach den Deutschen an die Wahlurnen begeben. Von einem solchen Gesichtspunkte aus können wir getrost sagen, daß es nichts Böses gibt, das Gutes nicht im Gefolge hätte, wir können ruhig ausrufen: es lebe Hitler! Hitler ist gegenwärtig unser wirklicher, wenn auch ungewohnter Bundesgenosse.“

Die weiteren Konferenzen werden sich auf den Block der Staaten von der Ostsee bis zum Mittelländischen Meer beziehen. Es handelt sich, wie der „Kurier Poranny“ meint, um die Bildung eines lebendigen, auf eine breitere Skala angelegten Organismus, der der kriegerischen, lebensunsfähigen Schöpfung einer Donau-Föderation entgegengestellt werden sollte. Im Zusammenhang mit dieser Frage habe Marschall Piłsudski mehrere Konferenzen abgehalten und die Königin-Mutter, eine Anhängerin dieser Idee, habe sich nach Belgrad begeben, wahrscheinlich, um die Meinung des Königs Alexander zu hören und dessen Einverständnis für diese Idee zu gewinnen.

Die Verhandlungen um den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Rumänien und Russland, so heißt es im „Kurier Poranny“ weiter, sind bekanntlich infolge der beharrlichen Frage auf dem toten Punkt angelangt. An diesem Punkt hat aber Polen ein großes Interesse, und die Friedensliebe Polens gebietet es ihm, die Grundlagen des Friedens im Südosten Europas zu schaffen. Davon hängt in hohem Maße die Belebung des Wirtschaftslebens ab. Zum Schluß gibt das Blatt der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien die Bedeutung dieser Friedensschritte Polens verstehen und den durch einen Irrtum zustande gekommenen Handelsvertrag mit Deutschland zurückziehen werde, der eine Wolfsgrube für Rumänien selbst (?) sei und ein großes Hindernis bei der Bildung eines Blocks von der Ostsee bis zum Baltischen Meere. (1)

„Das lebhafte Interesse für die Ereignisse in Frankreich hat die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung Europas von gewissen beunruhigenden Veränderungen in Frankreich abgelenkt. Nicht jedermann ist es also bekannt, daß hinsichtlich der bevorstehenden französischen Wahlen der größte Optimismus im kommunistischen Lager herrscht. In der Redaktion der „Humanité“ rieb man sich die Hände, als Hindenburg siegte; denn Hitler hätte alles verdorben. Gleichzeitig sagte man sich in Moskau: jetzt oder niemals, und ließ viel Sowjet-Kapitalien nach Frankreich strömen.“

„Man muß erstaunen, wenn man beobachtet, zu welchen ungeheuren finanziellen Anstrengungen Moskau im Interesse seiner Propaganda fähig ist. Bei der vollkommenen, beinahe unbegrenzten Wortfreiheit in Frankreich können die französischen Kommunisten die Wahlaktion zur großartigsten volksbewußtischen Propaganda ausgestalten, die je geschehen wurde. An der Peripherie und in den Innenbezirken von Paris werden in besonderen Pavillons Lebensmittel und Kleidungsstücke an Tausende von Arbeitslosen unentgeltlich verteilt. Bei dieser Gelegenheit wird natürlich jedem in Erinnerung gebracht: „Das gibt es für Sowjet-Geld. Stimme für die Kommunistische Partei und denke daran, daß die Sowjetunion das einzige Land ist, in dem es keine Krise gibt.“

„Als das sozialistische Experiment in England Misserfolg hatte, verlor der Sozialismus viel von seiner Popularität in Frankreich, aber ... zugunsten des Kommunismus. Die französischen Sozialisten desertierten aus den Reihen Leo Blums, der ihnen durch die antifaschistische Propaganda verehrt wurde, um zu den Reihen des großen Hauptlings der französischen Kommunisten, Marcel Cachin, überzulaufen. Dasselbe tun die Radikalen, die den Sozialisten das tiefe Verständnis für den Grundsatz: „wenn schon, dann schon!“, nahebringen. Die französischen Kommunisten, die über die größten Geldmittel für die Propaganda verfügen und diese auch am besten zu organisieren wussten, haben außerdem die Chance, daß es in Frankreich keine Versicherungs-Organisation für die Arbeitslosen gibt, weswegen nur eine verschwindende Anzahl von Arbeitslosen Unterstützungen besteht, während in Wirklichkeit über eine Million von Arbeitslosen Not leidet. Zu berücksichtigen ist auch das psychologische Moment, d. h. der Gemütszustand des französischen Arbeiters, der plötzlich aus dem größten Wohlstande ins Elend geraten ist und daher die Krise schwerer erträgt, als jeder andere Arbeiter in Europa. Auf diesem empfänglichen Boden wuchert ausgezeichnet der französische Kommunismus und hat Erfolg. Lichtbilder in den Dorfkinos führen ein komfortables Leben des Arbeiters in Russland vor Niesenauslagen der jedermann unentgeltlich geliebten kommunistischen Presse sprechen zur Intelligenz des französischen Proletariers, der, da in ihm ein atavistischer Kapitalist und Rentier steckt, vertrauensselig die verlogene Devise: „In Russland ist jeder Rentier und Kapitalist“ in sich aufnimmt.“

„Was würde Europa sagen, wenn es Deputierten-Mandate auf die Hämpter der Kommunisten regnete? Bei der jetzigen parlamentarischen Struktur in Frankreich würde

eine kommunistische Macht Cachin auf den Premierposten bringen. In dieser Rolle würde Cachin unverzüglich das kommunistische Programm realisieren, dessen wichtigster Punkt unter den jetzigen Bedingungen der Abbruch des Bündnisses mit Polen und die Revision der Traktate ist.

Zum Glück war die französische Regierung so vernünftig, den Termin der französischen Wahlen nach den deutschen Wahlen anzubauen. Die kalte Dusche des Übergewichtes Hitlers im Preußischen Landtage wird die von der sowjetrussischen Ausschneiderei erhitzen Köpfe der heimlichen und offenen Kommunisten in Frankreich abkühlen und den jedem Franzosen angesichts der tento-nischen Gefahr (?) angeborenen Patriotismus erwecken. Auf diese Weise wird der neue Triumph Hitlers ein starker Triumph in der Hand der republikanischen Parteien in Frankreich und vielleicht ihr Triumph sein.

Der Triumph der Kommunisten in Frankreich, die jetzt offenbar eine stärkere Stellung haben, wäre die größte Gefahr, in der sich Europa zu befunden hätte; sie wäre einfach nur ein Schritt zum allgemeinen Kataklismus. Massau versteht dies und hat daher auf die bevorstehenden französischen Wahlen alle seine Karten gesetzt; denn Paris ist heute ein wichtiges Werkzeug des Gleichgewichtes und der Ordnung in Europa. (Wo ist dieses Gleichgewicht? Und

wo ist die Ordnung geblieben? D. R.) Was Wunder, daß sie es in Brand stecken wollen?"

Der Korrespondent des „Kurier Polski“ hat auf das von ihm entworfene Situationsbild grelle Farben kräftig aufgetragen. Ist dem wirklich so, oder haben wir es hier mit einer propagandistischen Ausschneiderei zu tun? Die ganze Spekulation ist auf der Annahme aufgebaut, daß der französische Proletarier ein Extragebäpf ist, in dem eine spezifische Rentnerseele steckt. Reizt man diese Seele arbeitspolitisch allzutief, dann springt der wütende Rentner herans und wählt bürgerlich. Bleibt aber die Brüning-Regierung am Ruder in Deutschland, bleibt diese Seele kühl und der französische Proletarier wählt kommunistisch.

Wir denken nüchtern über dieses Entweder-Oder am 7. Mai. Bei gutem französischem Wein mag auch solch ein Märchen gut anzu hören sein. — Aber es ist doch eben nur ein Märchen, das den Kindern das Gruseln lehren, oder vertreiben soll. Wir sehen (in diesem Frühjahr wenigstens) die kommunistischen Bäume noch nicht in den französischen Himmel wachsen. Herr Cachin wird noch lange nicht die Nachfolge Tardieu übernehmen und — der französische Wähler wird seinen Stimmzettel weder von Hitler, noch von Brüning beschreiben lassen, sondern er wird dies höchstpersönlich selbst besorgen. Nach Maßgabe seines Mageninhaltes und seines Sparkassenbuches.



## Reiner Atem

ist nur möglich, wenn Mund und Zähne morgens und abends gereinigt werden: die Zähne am besten mit der guten Odol-Zahnpasta und der Mund natürlich mit Odol-Mundwasser, welches Ihre Mundhöhle mit einer hauchdünnen antiseptischen Schicht überzieht, die Ihren Mund noch stundenlang frisch erhält.

# ODOL

Zahnpasta und Mundwasser beliebt in 98 Ländern!

## Der Graudenzer deutsche Wahlprotest wurde abgelehnt!

Warschau, 19. April. (PAT) Das Oberste Gericht hat gestern den von dem Deutschen Wahlblock angemeldeten Protest gegen die Wahlen zum Sejm im Bezirk Nr. 30 (Graudenz, Schweiz, Insel, König, Tempelburg) abgelehnt.

In den ersten Dezember-Tagen des Jahres 1930 hatte der zuständige Bevollmächtigte der Liste des Deutschen Wahlblocks für den Wahlkreis Nr. 30 bei dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission in Graudenz gegen die Ungültigkeitserklärung der Deutschen Liste und die Beeinträchtigung der deutschen Wählerschaft durch Überkennung des Wahlrechts Einspruch erhoben und im Sinne des Art. 109 Abs. 2 der Wahlordnung die Ausschreibung von Neuwahlen unter Aufstellung neuer Wahllisten gefordert. In dem Einspruch wurde darauf hingewiesen, daß die eingereichte Deutsche Vorschlagsliste der Sejmkandidaten entgegen den Bestimmungen der Wahlordnung zum Sejm und Senat ungültig erklärt worden sei. Weiter wurde bemängelt, daß von den wahlberechtigten Personen, die infolge ihrer persönlichen Einstellung ihre Stimme mit Sicherheit der Deutschen Liste gegeben hätten, über 1500 Personen durch Streichung aus der amtlichen Wählerliste von der Teilnahme an den Sejmwahlen ausgeschlossen worden seien. Zum Schlus wurde beantragt, die Sejmwahlen im Wahlbezirk Nr. 30 für ungültig zu erklären.

Der Ablehnung dieser Einspruchs durch die Bezirkswahlkommission folgte die Klage beim Obersten Gericht in Warschau, die am 18. d. M. zur Verhandlung kam, und auf der sich der Deutsche Wahlblock durch den Rechtsanwalt Josef Sarapata in Warschau vertreten ließ. Nach langer Verhandlungsdauer und vierstündiger Beratung kam das Gericht zu einer Ablehnung der Klage. Eine Begründung dieses überraschenden Urteils, durch das den Deutschen Pommersens das einzige sichere Mandat in dieser Wojewodschaft vorerhalten wurde, hat das Oberste Gericht noch nicht bekannt gegeben.

Die Ungültigkeitserklärung der deutschen Vorschlagsliste, die nur eine Mindestzahl von 50 Unterschriften verlangt, aber von 150 Namen unterzeichnet war, stützte sich darauf, daß der weitaus größere Teil dieser Unterschriften nicht mit den Eintragungen in die Wählerliste identisch sei oder eine „unrichtige“ Schreibweise gebrauche. Wenn also ein „Hoffman“ bei der Unterschrift der Vorschlagsliste richtig mit „ff“, in der Wählerliste aber unrichtig nur mit einem „f“ geschrieben war, dann erklärte man die Unterschrift für falsch. Ebenso wurde in noch größerem Umfang bei der Schreibweise der Vornamen verschärft. Die Unterschriften wurden gelöscht, wenn die Unterzeichner richtig „Arthur“ statt „Artur“, „Willi“ statt „Willy“, „Leo“ statt „Leon“, „Kasper“ statt „Kaspar“, „Bertha“ statt „Berta“, „Luise“ statt „Luize“ geschrieben hatten.

## Der Fall Koppenatsch.

### 8 Jahre Zuchthaus wegen angeblicher Spionage

Am 10. September vorigen Jahres ist auf dem polnischen Grenzbahnhof Gardeja gegenüber Garnsee der dienstuende deutsche Passkontrolleur Koppenatsch während der Ausübung seines Dienstes auf Weisung der polnischen Gerichtsbehörden verhaftet worden. Die offizielle Polnische Telegraphen-Agentur verbreitete damals über diesen Fall folgende Darstellung:

Auf Grund des deutsch-polnischen Abkommens vom Dezember 1926 findet die Pass- und Zollkontrolle an der deutsch-polnischen Grenze in Gardeja auf polnischem Gebiet in der Weise statt, daß die deutschen Beamten täglich aus Deutschland nach Polen kommen, um die Zoll- und Passabfertigung vorzunehmen. Einer dieser deutschen Beamten, der diesen Dienst seit zehn Jahren in Garnsee Dorf auf deutscher Seite und seit dem Jahre 1926 auf der Eisenbahnstation in Gardeja auf polnischer Seite tut, war der Assistent der deutschen Kriminalpolizei August Koppenatsch. Dieser sammelte gewisse Nachrichten, die mit Rücksicht auf ihren Inhalt ein Amtsgeheimnis bildeten, er trieb somit Spionage. Nachdem die polnischen Behörden reichhaltiges Beweismaterial gesammelt hatten, wurde zur Verhaftung des deutschen Beamten geschritten.

Die reichsdeutsche Presse erblickte in dieser Verhaftung eine Verleumdung des deutsch-polnischen Abkommens vom 27. März 1926 über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr, wonach sich die beiden Staaten gegenseitig ihren Beamten unbedingte Sicherheit selbst für den Fall garantieren, daß die Beamten sich strafbar machen sollten schuldig gemacht haben. Er sei,

Bei mehreren Unterzeichnern wurde auch eine die ganze Unterschrift ungültig machende Wahl der Bezeichnung bezeichnet. So etwa wenn sich eine in der Wählerliste als „Kontoristin“ geführte Person als „Bureauangestellte“ ausgab, eine „Rentiere“ als „ohne Beruf“, ein „Bureauangestellter“ als „Beamter“ usw. Endlich gab es Unterschiede bei der Angabe der Straße, da einige Unterzeichner nicht ihre Privatwohnung, sondern diejenige ihres Geschäfts angegeben hatten. Auch bei der Angabe des Geburtsjahrs, nicht des Geburtsjahrs, dessen Mitteilung die Wahlvorschriften allein verlangen, hatte man hier und da gewisse Abweichungen festgestellt.

Rechtsanwalt Sarapata wies als Vertreter der deutschen Klage darauf hin, daß alle Beanstandungen nicht ausreichen, um die Identität der Unterzeichner zweifelsfrei zu können. Die Beanstandungen seien nicht im geringsten dazu angestan, die Ungültigkeits-Erläuterung der Vorschlagsliste zu behaupten. Die Wahlkommission hätte auch keinen Beweis dafür geleistet, zu dessen Bebringung sie nach der Wahlordnung verpflichtet gewesen sei. Was die angebliche Unleserlichkeit von einigen Unterschriften anbelange, die gleichfalls zu einer Bemängelung Anlaß gegeben habe, so handele es sich dabei um eine relative Angelegenheit, die von der Intelligenz der Mitglieder der Wahlkommission abhängig sei. Der Protest der deutschen Wähler sei vollaus berechtigt. Es müsse mit einer Ungültigkeits-Erläuterung der letzten Graudenzer Sejmwahlen und der Neuanschreibung von Wahlen beantwortet werden.

Gegenüber den sozialen Ausführungen des deutschen Vertreters hielt die Rechtsanwälte Baczyński und Ettlinger recht temperamentvolle politische Ansprachen. Der erstgenannte Rechtsverteiler behauptete, man müsse es den Mitgliedern der Graudenzer Wahlkommission zugute halten, daß ihnen, die ja die Schule der preußischen Rigorositäten durchgemacht hätten, diese Rigorosität ins Blut übergegangen sei. (1) Wobei er freilich den Beweis dafür schuldig blieb, daß es zu preußischer Zeit eine ähnliche „Rigorosität“ bei den Wahlen gegeben habe und daß die Mitglieder der Graudenzer Wahlkommission samt und sonders oder doch in ihrer Mehrheit aus dem ehemals preußischen Teilstaat stammten.

Der Rechtsverteiler Ettlinger sprach sich dafür aus, daß die Vornamen in polnischer Fassung geschrieben werden müssten. Er setzte sich damit in offenen Widerspruch gegen eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 20. März 1929, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß „frende Namen“ (auch Vornamen) so zu schreiben sind, wie es der Schreibweise der betreffenden Sprache entspricht. Als Beispiel wird vom Minister angeführt, daß man einen „Hans Paul“ nicht in „Jan Paweł“ umschreiben dürfe.

Das Oberste Gericht kam zu einem abweisenden Urteil. Auf die Begründung des Urteils sind wir gespannt, da das Gericht auf die Ausführungen der Gegenvorwände und auch des Staatsanwaltes, der sich vor allem die falsche Auffassung über die Schreibweise der Namen zu eigen mache, unmöglich in positivem Sinne eingehen kann.

während er seinen Dienst ausübte, also auch auf polnischem Boden sich im Schutz des vorerwähnten Abkommens glaubte, festgenommen worden. Eine sofortige gemeinsame Untersuchung des Falles, die von dem zuständigen Landrat in Marienwerder zur Aufklärung und zur Verhüting der über den Vorfall erregten Bevölkerung vorgeschlagen wurde, sei von polnischer Seite abgelehnt worden.

Gestern fand nun vor dem Bezirksgericht in Graudenzen gegen den verhafteten deutschen Beamten die Verhandlung statt. Man warf ihm Spionage zu gunsten Deutschlands vor. In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Kriminalassistent Koppenatsch zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

## Pflicht der Ritterlichkeit!

### Zur Abberufung des polnischen Militärattachés in Berlin.

General der Infanterie Freiherr von Hammerstein, der Chef der Heeresleitung, schreibt einer Berliner Zeitung:

„Die ... -Zeitung“ hat in ihrer Nr. 100 vom 10. April mitgeteilt, der polnische Militärattaché Morawski sei plötzlich auf Verstellungen des Auswärtigen Amtes hin überreut worden, da er sich an mehreren peinlichen Spionageaffären beteiligt habe. Er sei jetzt Leiter der Spionage-Abteilung des Kriegsministeriums in Warschau geworden.

Ich beehre mich, Sie darauf hinzuweisen, daß diese Mel dung in allen Teilen falsch ist. Oberst Morawski ist nicht plötzlich überreut worden, sondern nach der normalen

Amtsdauer von vier Jahren. Daß er in Spionagesfälle verwickelt gewesen sei oder die polnische Spionage in Deutschland aufgebaut habe, ist unzutreffend. Daher hat das Auswärtige Amt keinen Grund gehabt, seine Abberufung zu verlangen, und hat dies auch nicht getan. Ebenfalls unzutreffend ist die Nachricht, er habe die Zeitung der Militärspionage in Warschau übernommen. Nach den hier vorliegenden Mitteilungen wird Oberst Morawski vielmehr das Kommando eines Reiterregiments in der Nähe von Baranowitschi antreten.

Da ich es für eine Pflicht der Ritterlichkeit halte, einen ausländischen Offizier, der im Auftrage seiner Regierung die Verbindung zum deutschen Heere gehalten hat, vor unberechtigten Vorwürfen zu schützen, bitte ich Sie, diese Richtigstellung aufzunehmen.“

Die Verjährung wurde selbstverständlich aufgenommen. Siede weitere Bemerkung würde den Eindruck dieser Erklärung abschwächen.

## Brünings Rückkehr nach Berlin.

Genf, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler Dr. Brüning begibt sich mit Rücksicht auf die preußischen Landtagswahlen bereits am Sonnabend vormittag gemeinsam mit Staatssekretär von Bülow nach Berlin zurück, obwohl ursprünglich ein längerer Aufenthalt vorgesehen war. Es steht noch nicht fest, ob der Reichskanzler in der nächsten Woche wieder nach Genf zurückkehren wird. Die Entscheidung über die Rückkehr soll, wie verlautet, von der Gestaltung der Tage nach den preußischen Landtagswahlen abhängen.

Im Laufe des Dienstag empfängt der Reichskanzler den holländischen Außenminister Beelaerts und den ungarischen Außenminister Balló, ferner ist für Dienstag abend eine neue Zusammenkunft mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson vorgesehen, der gestern noch beträchtlich krank war, jedoch hofft, wieder an den persönlichen Verhandlungen der leitenden Staatsmänner teilnehmen zu können. Infolge der vorzeitigen Abreise des Reichskanzlers steht noch nicht fest, ob eine Zusammenkunft zwischen Tardieu und Brüning in Genf stattfinden wird.

Zwischen den vier Mächten sind erneut Verhandlungen über den endgültigen Zusammenschluß der auf der Londoner Konferenz und vom Völkerbundrat beschlossenen Sachverständigen zur Behandlung der Donaufrage im Gange. Auf englischer Seite wird ein Zusammenschluß der Sachverständigen, die am 18. April ihre Arbeiten aufnehmen sollten, in Lugano gewünscht, während das Völkerbund-Sekretariat und die übrigen Mächte die Zusammenkunft in Genf selbst für zweckmäßiger halten. Man nimmt an, daß sich die Sachverständigen in erster Linie mit rein finanziellen Fragen, insbesondere den internationalen Garantien der Anleihen der Donaustaaten befassen, daß jedoch die wirtschafts-politischen Fragen zunächst im Rahmen der im Gange befindlichen Unterredungen in Genf weiter gellärt werden.

## Macdonalds Kompromißantrag.

London, 19. April. (PAT) Ministerpräsident Macdonald wird auf seiner Reise nach Paris am Mittwoch einen Abstecher nach Paris machen, wo er bis Donnerstag verweilen wird. Während seines Aufenthalts in Paris wird er mit dem Ministerpräsidenten Tardieu und mit dem Finanzminister Flanigan konferieren über politische und finanzielle Fragen abhalten.

Macdonald soll in Genf eine große programmatische Rede über die Abrüstungsfrage halten und mit einem Kompromiß-Antrag zwischen der amerikanischen, französischen und italienischen These hervortreten. Über die Grundsätze dieses Antrages wird sich Macdonald zuvor mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu verständigen.

## Ein Munitionsdepot in die Lust geslogen

Tokio, 19. April. (Eigene Drahtmeldung.) In einem riesigen Vorort lag aus noch unbekannten Gründen ein Munitionsdepot in die Lust. Die Explosion war so stark, daß die umliegenden Häuser zum Teil zerstört wurden. Die genare Zahl der Menschenopfer, die auf etwa 40 geschätzt wird, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Untersuchung sowie die Aufräumungsarbeiten sind im Gange.

## Knollen-Gewächse.

Selig sind die Auserwählten,  
Die sich liebten und vermaßten:  
Denn sie tragen hübsche Früchte.  
Und so wuchert die Geschichte  
Sichtbarlich von Ort zu Ort.

Doch die braven Junggesellen,  
Jungfern ohne Ehestellen,  
Welche ohne Leibeserben  
So als Blattgewächse sterben,  
Pflanzen sich durch Knollen fort.

Wilhelm Busch.

### Tröstliche Anmerkung:

Zu den Knollengewächsen zählt man die schön blühenden Krokusse, Anemonen und Herbstzeitlosen, dazu auch – die nahrhaften Kartoffeln.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeiteren wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 19. April.

### Ansteigende Temperaturen.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet ansteigende Temperaturen bei wechselnder Bewölkung an.

### Wohltätigkeitskonzert der russischen Emigranten in Bromberg.

Über allen Veranstaltungen der russischen Emigranten in der Fremde steht ein Hauch von russischer Steppenluft und Volksliedstimmung. Was hier durchschimmt, ist die Sehnsucht nach dem Verlorenen. Wenn diese Sehnsucht einen Ausdruck findet in schönen Stimmen, dann geht davon eine Strömung aus, die alle, auch Fremdstämmige, erfasst. In ihrem Fühlen und Wollen stehen die russischen Emigranten auch in künstlerischer Beziehung dort, wo ihre Heimat vor Jahrzehnten stehengeblieben ist. Daran knüpfen sich Erinnerungen, die für alle Emigranten eine Welt der Gegenwart werden, weil die Welt der Vergangenheit ihnen entchwunden ist.

In der Veranstaltung, die am Sonnabend, dem 16. d. M., alle russischen Emigranten Brombergs und die hierzu eingeladenen Kreise im Saale des Bivilkasinos vereinigt sah, war diese Erinnerung an die Vergangenheit stärker als die künstlerische Ausdrucksfähigkeit. Vielleicht lag nur darin der Sinn dieser Veranstaltung. Man vermisste alles Künstlerische, das man sonst in Konzerten russischer Männerhöre zu hören gewohnt ist. Es lag daran, daß die Ansibenden aus dem Kreise der ortsbewohner russischen Emigranten hervorgingen, und es war wieder einmal ein Beweis dafür, daß der Begriff „russisch“ nicht immer identisch mit „musikalisch“ und „stimmbegabt“ sein muß. Die anscheinend nur für diesen Abend zusammengesetzten kleinen Chöre konnten in musikalischer Beziehung die Erwartungen nicht befriedigen. Selbst die Hoffnung, umwältige russische Melodien zu hören, wurde leider nicht erfüllt, da man sich – mit wenigen Ausnahmen – nicht besonders hochwertige fremdländische Melodien und Schlager der Gegenwart verschrieben hatte. Nur zwei Personen sonderten sich aus diesem Rahmen günstig ab: Frau Kostodiajewa, deren Stimme (anscheinend eine nicht alltägliche Vergangenheit) und beweiste Vortragskunst einen nachhaltigen Eindruck hinterließen. Sympathisch berührte der Bariton Dr. Sieniawski, dessen gelungene Darbietungen in dem Vokalreichtum seiner Sprache klanglich gut zur Geltung kamen. Fr. Lubica erntete mit ihren Tanzdarbietungen einen stürmischen Publikumsbeifall. Die Veranstaltung stand im Dienste der Wohltätigkeit und trug dem völkischen Charakter durchaus Rechnung. S.

■ Apotheken-Nachdienst haben bis zum 24. d. M. die Engel-Apotheke, Danzigerstraße 65, die Apotheke am Theaterplatz, Wilhelmstraße (M. Joch) 10 und die Apotheke in Schwedenhöhe, Adlerstraße (Orla) 8.

■ Scharfschützen veranstaltet am 21. und 22. d. M. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärpersonen gesichert.

■ Verlängerung der Amtstätigkeit der Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen. Im „Dienst-Ustaw“ Nr. 32 vom 18. d. M. ist das Gesetz über die Verlängerung der Amtstätigkeit der Selbstverwaltungs-Körperschaften auf dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen erschienen. Auf Grund dieses Gesetzes wird die Amtsduauer der Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen sowie der unbesoldeten Stadträte in Posen und Pommerellen bis zu der Zeit verlängert, in der auf dem Gebiet der genannten beiden Wojewodschaften die Selbstverwaltungs-Körperschaften auf Grund der neuen Wahlvorschriften gewählt werden.

■ Chen, Geburten und Todesfälle. Im vergangenen Jahre wurden in Polen 273 322 Chen geschlossen, was im Vergleich zum vorhergehenden Jahr einen Rückgang um 27089 bedeutet. Die größte Zahl Chen wurde in der Lemberger Wojewodschaft (26 034) geschlossen. An zweiter Stelle befindet sich die Lodzter Wojewodschaft mit 24 710 Geschleuzungen, dann folgen die Kielcer Wojewodschaft – 24 489, die Warschauer – 21 016. Am wenigsten Chen (8 647) wurden in der Wojewodschaft Nowogródek geschlossen. — Wie aus statistischen Angaben hervorgeht, betrug die Zahl der im Jahre 1931 registrierten Geburten in Polen 965 795, die Zahl der Sterbefälle 494 898. Der natürliche Zuwachs betrug 470 902 Personen. Die höchste Geburtenzahl (91 464) wurde in der Kielcer Wojewodschaft notiert, 89 958 in der Lemberger Wojewodschaft und 82 006 in der Warschauer Wojewodschaft. Die meisten Sterbefälle waren in der Lemberger Wojewodschaft (52 928), 43 787 in der Kielcer und 40 417 in der Warschauer Wojewodschaft. Der größte natürliche Bevölkerungszuwachs

entfällt auf die Kielcer Wojewodschaft (47 677), der kleinste auf die Pommerellen Wojewodschaft (16 691).

■ Vorsicht vor einer Schwindlerin! Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, treibt in Bromberg eine weibliche Person ihr Unwesen, die durch ihre Schwindelmanöver besonders deutsche Familien schädigt. Die Person gibt an, von der Deutschen Vereinigung in der Goethestraße geschickt zu sein, um wegen der Wohnungsstörer Keklamationen einzulegen. Sie macht für einige Notizen und erklärt, das Gesuch erledigen zu wollen, lädt sich 30 Złoty geben, die, wie sie sagt, für die Stempelmarke zu entrichten seien und erledigt nicht wieder. Vor der Schwindlerin sei hiermit gewarnt.

■ Dreizehnmal vorbestraft... Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich am Montag der 34jährige Bronisław Pieroniak aus Bromberg wegen Diebstahls zu verantworten. Mitangeklagt wegen Hohlerei ist die 22jährige Małgorzata Symonka. P. der wegen verschiedener Vergehen bereits dreizehnmal vorbestraft ist, entwendete in der Nacht zum 28. August v. J. aus der Wohnung von Zbigniew Waligóra, in die er nach Einbrüchen der Fensterscheibe gelangte, 4 Tischlächer im Werte von 100 Złoty. Die Mitangeklagte S. kaufte dem P. die Tischlächer für 25 Złoty ab. P., der sich zu dem Diebstahl bekannt, wurde vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die S. erhielt einen Monat Gefängnis mit zweijährigem Strafauftschub.

■ Stark unter Alkohol gesetzt hatte sich ein Landwirt aus dem Kreise Bromberg, der mit seinem Fuhrwerk nach Hause zurückkehren wollte. Infolge des reichlichen Alkoholgenusses war er nicht in der Lage, sein Pferd vorschlagsmäßig zu lenken und fuhr auf einen Handwagen auf. Dabei wurde dieser vollständig zertrümmt.

■ Wer ist der Besitzer? Im städtischen Amt für öffentliche Ordnung wurde ein gefundener Messingenschlüssel abgegeben, den der rechtmäßige Eigentümer vom genannten Amt, Burgstraße (Grodzka) 25, Zimmer 18, abholen kann.

### Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

■ Biwak Towarzystwa Niedzielskiego in Bydgoszcz. Monatliche Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, dem 20. April, um 8 Uhr abends im Saale des Herrn Meller, Plac Piastowski Nr. 17, statt. (4082)

### Ein Kapitel Posener Stadtgeschichte.

So kann man mit Recht die kleine Festchrift bezeichnen, die die beiden Posener Pastoren der St. Matthäikirchen- und der Christuskirche, D. Höde und Brumbeck, zum 25jährigen Bestehen beider Gemeinden herausgegeben haben und in der sie die Geschichte der Gemeinden schildern. Die Bedeutung des Büchlein geht aber über eine bloße Gemeindechronik weit hinaus, weil die Darstellung zum größten Teil auf persönlichen Erinnerungen und Eindrücken fußt. 25 Jahre würden die Herausgabe einer Festchrift kaum rechtfertigen. In diesem Falle aber sind die 25 Jahre von entscheidender Bedeutung für das evangelische Deutschland in Posen. Das Büchlein schaut nicht nur wehmütig zurück auf eine stolze und freudreiche Vergangenheit, sondern es erkennt die Nöte der Gegenwart und die Aufgaben der Zukunft, für die in beiden Gemeinden auch heute noch starke innere Aufbaukräfte vorhanden sind.

### Ein entsetzliches Verbrechen.

■ Wągrowiec (Wagrowiec), 19. April. In Dornbrunn trug sich vor einigen Tagen folgendes Verbrechen zu: Die Witwe Paarmann hatte ihr Grundstück ihrem Sohne und ihrer Schwiegertochter testamentarisch vererbt. Das Testament sollte nach ihrem Tode in Kraft treten. Der Vater der Schwiegertochter konnte die Zeit nicht erwarten, wo seine Tochter Besitzerin des Bauernhofes sein würde. Bei seinem letzten Besuch wollte er dem Schicksal nachhelfen. Nachts um 4 Uhr drang er, mit Knüppel und Messer versehen, in das Schlafzimmer der alten Frau und bearbeitete ihren Kopf mit Messerstichen. Da die alte Frau jedoch laut schrie, ließ er von seinem Opfer ab. Es sollte ein Überfall durch Einbrecher vorgetäuscht werden. Die schwerverletzte Frau brachte man in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus, während der Täter dem Gerichte übergeben wurde.

■ Crone (Koronowo), 18. April. Am 17. d. M. hielt der Männergesangverein „Eintracht“ seine Generalversammlung ab. Der bisherige Vorsitzende, Herr Lamprecht, wurde wiedergewählt. Die Kassenrevision wies einen Bestand von 486 Złoty auf, worauf dem Kassenvorstand Entlastung erteilt wurde. Der Verein hat z. St. 49 Mitglieder.

■ Argerau (Gniewkowo), 18. April. Zwei Frauen begaben sich bei Wygoda des Nachts in Begleitung von zwei Burschen auf das Feld, um Stroh zu sammeln. Kurz vor dem Strohschöber wurde der 16jährige Anton Kolaszynski vorgesichtigt, das Gelände nach etwaigen Wächtern abzusuchen. Als er sich dem Schöber näherte, bemerkte er die Anwesenheit anderer Personen und floh. Es waren dies die Söhne des Besitzers L., die den fortgesetzten Diebstählen durch die Feststellung der Diebe ein Ende machen wollten. Sie riefen L. an und feuerten, als dieser nicht stehen blieb, einen Schuß ab, der den Flüchtling so unglücklich in den Rücken traf, daß er in das Krankenhaus in Inowrocław aufgenommen werden mußte.

■ Inowrocław, 18. April. Entwendet wurden dem hiesigen Einwohner Jan Jaworski drei Fahrräder, ein Paar Stiefelhäute und verschiedene Wurstwaren im Gesamtwerte von 1000 Złoty. — In den Nachmittagsstunden des vergangenen Sonnabends ist wieder an zwei Stellen auf dem früheren Bergwerkgelände beim Pflügen des Feldes in der Nähe der ul. Swietokrzysko die Erde eingestürzt. Die Löcher sind jedoch nur von kleinerem Umfang. Eine spezielle technische Kommission hat sich an den betreffenden Ort begeben. — Im „Hotel Pod Lwem“ fand am Sonnabend die Generalversammlung des hiesigen Deutschen Männergesangvereins statt. Nach Verlesung des Jahresberichts durch den Schriftführer erfolgte ein Bericht des Chormeisters, Musikdirektors Anderlik. Der alte Vorstand sowie auch das alte Vergnügungskomitee wurden wiedergewählt. — In der Nacht zum Sonntag verschafften sich Diebe Einlaß in das Kolonialwarengeschäft des Herrn Gregorowicz hier selbst an der ul. Pakoska 69. Sie durchstöberten den ganzen Laden und nahmen Waren im Werte von ca. 1000 Złoty an sich. — Beim Bahnbau der Linie Herby–Gdingen sind auf dem Abschnitt Inowrocław

anwärtige Arbeiter beschäftigt. Ende vergangener Woche begannen nun hiesige Arbeiter Streit mit den arbeitenden Auswärtigen, der in eine Schlägerei ausartete. Zur Wiederherstellung der Ruhe und Einigung haben sich hiesige Polizeiorgane, Vertreter der Staroste, der Stadtpräsident und der Arbeitsinspektor begeben. — Der hiesige Stadtpräsident macht darauf aufmerksam, daß auf dem Gelände der Stadt Inowrocław am 2. Mai die Auseinandersetzung von Gift zur Vertilgung der Ratten und Mäuse zu erfolgen hat.

■ Kolmar (Chodzież), 18. April. Unterhaltungsabend der „Deutschen Bühne“. Am Sonntag veranstaltete die Deutsche Bühne im Bahnhofshotel unter Mitwirkung des „Männerturnvereins“ 1861 und des Männergesangvereins „Liedertafel“ einen Unterhaltungsabend. Eingeleitet wurde der Abend durch Gesangsvorträge der Liedertafel. Der Turnverein bot Darbietungen wie Boden-gymnastik und Reigen. Mit besonderem Beifall begrüßt wurde der Schwank in drei Akten „Der Meisterbörger“, der flott gespielt wurde. Nach der Aufführung widmete sich Jung und Alt dem Tanze.

■ Wągrowiec (Wagrowiec), 18. April. Gestohlen wurden dem Besitzer Magdanz in Rakulin drei schwere Mastschweine. — In Glinno hiesigen Kreises hatte sich auf dem Dominium ein bösertiger Bulle losgerissen. Bei dem Versuch, das Tier wieder anzubinden, wurde der Arbeiter von dem Tier angegriffen und erlitt schwere Rippen- und Knochenbrüche.

■ Gnesen (Gniezno), 18. April. In einem Wirtschaftsfall stieß der geisteskranke Sohn eines Gnesener Richters einen ihn begleitenden Herrn, einen ehemaligen Offizier, in einen Chauffeuregraben, so daß der Begleiter einen Beinbruch erlitt. Das Sanitätsamt der Gnesener Krankenfasse mußte den Verletzten in das hiesige Krankenhaus schaffen. — Ein Landwirt aus Goslinowo hatte in Gnesen verschwendete Einkäufe besorgt und war dann mit einem Nachbar in ein Dorf eingetreten, um zu frühstücken. Als er wieder auf die Straße trat, war der Wagen verschwunden. Das Fahrzeug wurde später in einer Nebenstraße aufgefunden, die Diebe hatten jedoch alles Mitnehmewerte gestohlen.

■ Puławy (Puławy), 18. 4. Eingeroben wurde bei dem Lehrer Popiel in Lagerwirtschaft hiesigen Kreises in der Nacht zum Sonntag in den Vorratskeller. Die Täter stahlen aus dem Keller Wein, eingewickelte Früchte, Obst, Wurst, Schinken und Brot. Sie holten dann noch eine lange Leiter heran und entwendeten vom Boden die auf der Leine hängende Wäsche und Bettwäsche. Die Diebe verschwanden hierauf mit ihrer Beute unentdeckt in der Dunkelheit.

■ Posen (Poznań), 18. April. Von einem großen Dachstuhlenbrand wurde Sonnabend mittag das Epipistische Haus St. Martinstraße 74 heimgesucht. In 2½ stündiger Dauer wurden 15 Bodenkammern und die Dachwohnung des Arbeitslosen Binias ein Raub der Flammen. Die Entstehung des Feuers, bei dessen Bekämpfung zwei Feuerwehrleute Rauchvergiftungen erlitten, ist unbekannt. Der Feuerschaden ist, da der ganze Dachstuhl samt dem Inhalt der Kammern vernichtet wurde, außerdem aber auch die zur Bekämpfung des Feuers von der Feuerwehr verwendeten Wassermassen in die unteren Stockwerke drangen, sehr bedeutend. — Der in der Pojadowstraβe 37 wohnhafte, 27 Jahre alte Postmonteur Marcin Brenenstuhl aus Ostgalizien ließ sich nachts in einer Kraftwagentage nach dem Bahnhofe fahren. In der Nähe der Caponnieren hörte der Chauffeur einen lauten Knall und fand beim Öffnen der Tür seinen Fahrgäst erschossen vor. Die Ursache des Selbstmordes dürfte dem Vernehmen nach in einer unheilbaren Krankheit liegen. — Der in der Benzinstation am früheren Königsring beschäftigte Stanisław Michałski wurde nachts auf dem Nachhauseweg hinter dem neuen Stadttheater von einem unbekannten Mannen hinterstellt und durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Mannen überfallen und durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergriff der Täter die Flucht, während Michałski von zu Hilfe eilenden Personen bestinnungslos aufgefunden und dem Stadtkrankenhaus angeführt wurde. — Eine neue aus fünf Personen bestehende Falschmünzerbande, die sich mit der Herstellung von 100-Złotyscheinen beschäftigte, ist hier dingfest gemacht worden. Für 50 000 Złoty falsche Scheine und die gesamten Maschinen und Utensilien, die zur Herstellung des falschen Geldes dienten, sind von der Polizei beschlagnahmt worden. — Vor der verstärkten Strafkammer wurde der Leiter der Salza-zentrale Benon Bembiński wegen Unterhöhlung von 142 000 Złoty zum Schaden des Verbandes der Invaliden zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — In der Nähe des neuen Elektrizitätswerks am Gerberdamm wurde Sonnabend Nacht der 25jährige Josef Dudziak von einem unbekannten Täter durch einen Schlag mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schwer verletzt. Auf seine Hilferufe ergr

Am 16. April wurde uns eine Tochter — Ursula — geboren.

Pfarrer H. M. Staffehl  
und Frau Paula, geb. Kasten.

Elsendorf, Kreis Bromberg  
(Dąbrowy Wielkie, Post: Nowawieś Wielka).

## Offene Stellen

### Wirtschaftsbeamter

Junggeselle, zur selbstständigen Wirtschaft auf ein Gut von 1000 Morgen mit Rauhut bis 5000 Zloty geübt. Offerten unt. §. 1779 an die Gescht. d. Stg.

Evangelischer

Jug.- u. Fortlehr., bei Bezug von Station wird eingestellt. Off. u. C. 4050 a.d. Gescht. d. Stg. erb.

Böhmisch und Aufnach

leicht gemacht d. schnell föderende Lehrmethode. Schrift. Anmeldung z. Unterricht unter N. 1732 a.d. Gescht. d. Zeitg. erb.

**Erfolgr. Unterricht**  
i. Englisch u. Französisch,  
offerten L. u. U. Turbacz,  
Tczewskiego 24. I.,  
Frz. 11. i. Französisch,  
englische Überzeugung.  
Langjähr. Ausenth. in  
England u. Frankreich.

Böhmisch und Aufnach  
leicht gemacht d. schnell föderende Lehrmethode.  
Schrift. Anmeldung z.  
Unterricht unter N. 1732  
a.d. Gescht. d. Zeitg. erb.

**Rinderwagen**  
empfiehlt 300  
in größter Auswahl  
**Rinderwagen - Fabrik**  
Bydgoszcz, 3 Maija 12

**Zaun-Geflecht**  
verzinkt

1,4 mm stark m 0,85 zł  
2,2 mm " 1,20 zł  
2,2 mm " 1,20 zł  
Einfassung Id. — 22 zł  
Stacheldraht — 15 zł  
Rabitzgewebe — 1,20 zł

**Alles FRANCO.**

**Drahlflechtfabrik**

**Alexander Maenzen,**  
Nowy Tomyśl (W.) e.

**Hausverwaltung**, übern.

bill. pension. Privat-

beamter. Off. u. C. 4597

a.d. Gescht. d. Zeitg. erb.

**Klavierstimmungen**

Flitzenreiter, Pomorska 27

1717

**Heirat**

Landwirt

25 J. alt, ev., Grund-

stück v. 50 Mrq. wünscht

Fräulein mit 6—7000 zł

Bermügen u. Aussteuer

zwecks

**Heirat**

baldiger Heirat

tennen zu lernen. Off.

mit Bild u. A. 1758 an

die Gescht. d. Stg. erb.

Selbständiger, evangl.

**Schmied**

25 Jahre alt, sucht

**Einheirat**

in Schmiede oder sonst

für Schmiede geeignet.

Grundstück, Stadt oder

Land. Derfelbe t. auch

d. väterliche, 25 Morg.

große Grundstück über-

nehm. In Frage kommen

Damen i. Alter v. 18 bis

25 J. mit 8000 zł Ver-

mögen aufwärts. Off.

möglich v. Bild, welch. au-

rüdiget wird, u. M. 1722

a. d. Gescht. diel. Stg.

**Stellmacher**

27 J. alt, solid und

streblam, sucht Damen-

befanntschaft v. off. Wit.

zwecks

**Einheirat**

in Stellmacherei. Dist.

Chreni. Aust. Off. mit

Bild u. A. 1757 an die

Gescht. dieser Zeitung.

Witne mit einem Kind,

27 Jahre alt, 1,75 groß,

blond, lach., Beifigern

einer lehr gutgeübten

Landwirtschaft mit

3 Mrq. Land, sehr günst.

gelegen, wünscht einen

stark, lach. Geschäftsmann

mit 6—10000 zł.

Berm., aus gut. Famille

zwecks

**Heirat**

lernen zu lern. Offert,

möglichst mit Bild usw.

A. 4020 an die Gescht.

dieser Zeitung erbeten.

**Welch. edelspendent**

Herr würde ein

ein. Landmädchen, glück-

lich machen? Bin evgl.

25 J. alt, 2200 zł Berm. u.

gute Webauszeit vor.

am liebt. Erheirat v. vorn

Bromberg, Mittwoch den 20. April 1932.

## Pommerellen.

19. April.

## Graudenz (Grudziądz).

Der Abschluß der 11. Spielzeit  
der "Deutschen Bühne".

Am Sonntag ging die letzte Aufführung der 11. Spielzeit über die weltbedeutenden Bretter. Zum 6. Male bereiteten die hübschen Szenen der Gilbertschen Operette „In der Johannissnacht“, ihre wohlgesuchten Melodien den Zuschaubern unterhaltsame Stunden.

Ausnahmslos nahmen alle Darsteller an dem großen Erfolg dieser letzten Aufführung teil, gaben sie doch sämtlich ihr Bestes her. Dass ein Hauptverdienst dem Regisseur Walter Ritter jr. zukommt, bedarf keiner Frage. Das darf um so mehr betont werden, als gerade er ein Jubiläum beginnt: das der 200. Mitwirkung im Künstlerwallen unseres hiesigen Museums. Was Walter Ritter jr. für ihn bedeutet, haben wir im Laufe des mehr als zehnjährigen Bestehens der Bühne oft genug erleben können. Die Aufgabe, die er auf sich nimmt, bis ins Kleinste klar und zielbewußt durchzuführen, ist ihm wahrhafter Ernst. Als Regisseur von etwa einem Dutzend Stücken, darunter vier Schauspiele und ebensoviel Operetten, setzte er sein ganzes Können ein. Oftmals hatte Walter Ritter jr. in den Stücken, in denen er die Regie führte, Hauptrollen inne. Sei es als mitwirkende Kraft auf der Bühne, sei es bei seinem Wirken als Regisseur hinter der Szene — stets brachte er Höchstleistungen. Nach Schluss des 1. Aktes überreichte ihm der Vorsitzende der Deutschen Bühne, Buchhändler Arnold Kriede, einen Lorbeerkrantz mit goldenem „200“. Eine erhebliche Zahl anderer Blumen- und sonstiger Angebinde, die der Geehrte von verschiedenen Seiten erhielt, sprachen sichtbar von der ihm gezollten Wertschätzung. In dem an die Aufführung noch angeschlossenen gemütlichen Beisammensein hob der Bühnenvorstand in einer Ansprache besonders die treue, ernste und erfolgskräftige Wirkamkeit von Walter Ritter jr. hervor. Möchte das Beispiel des Geehrten recht viel Nachahmung finden! Dann kann uns um unser hiesiges deutsches Theater, das ebenso wie alle anderen, seien es Kulturscenen, es wirtschaftliche Unternehmen, in der jetzigen Krisenzeiten nicht auf Rosen gebettet ist, auch für die Zukunft nicht bange sein. An der deutschen Gesellschaft in Stadt und Land liegt es, dem nimmermüden Bestreben der tüchtigen Leitung und der braven Darstellerchar dieses für uns so äußerst notwendigen Instituts durch rege pectorale und moralische Hilfe die nötige Unterstützung zu leihen.

Erwähnung verdient noch, daß in der Schlussaufführung auch noch zwei Darstellerinnen, Frau Rosen und Fräulein Lamswid, aus dem Publikum Anerkennungspräsente gewidmet wurden. Sie waren redlich verdient.

So also hatte diese Spielzeit in jeder Hinsicht einen schönen Ausklang. Mit unvermindertem Vertrauen können wir der nach der Sommerpause erfolgenden Wiedereröffnung entgegenblicken.

— ch. \*

Über die Notlage im Friseurgewerbe wurde kürzlich in einer Sitzung der Friseur- und Perückenmacherinnung gesprochen. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß sich sechzehn Friseurgeschäfte in Graudenz unter Gerichtsaufsicht befinden. In den letzten Tagen sind einige Geschäfte geschlossen worden. Daneben ist ein Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen festzustellen, was sich natürlich besonders im Friseurgewerbe bemerkbar mache. Die Einnahmen der Friseurunternehmen sind, so wurde in der Versammlung geklagt, so gering, daß sie nicht zur Besteitung der notwendigsten Ausgaben, wie Miete und Löhne der Angestellten, ausreichen.

Einbrecher schlugen in der Nacht zum Sonntag in dem Laden von J. Skopinski, Grabenstraße (Groblowa) Nr. 2, die Schaufensterscheibe ein und raubten aus den Auslagen Arzneistoffe und Schneidermaterialien im Werte von über 200 Złoty. Das zertrümmerte Schaufenster hat einen Wert von mehreren Hundert Złoty. Ein weiterer Schaufenstereinbruch wurde in der gleichen Nacht bei Bronisław Małkowski, Festungsstraße (Forteczna) 6, verübt. Dort stahl der Täter zwei Perücken und mehrere Stück Seife. \*

Eingebrachtes wurde in der Nacht zum Sonntagnachmittag in dem Kolonialwaren-Geschäft von J. Deguska, Ecke Unterthorner (Toruńska)-Brüderstraße (Bracka). Die Täter haben Waren im Werte von etwa 500 Złoty gestohlen. \*

Letztem Polizeibericht wurden ein Dieb und eine weibliche Person festgenommen. Um sein Fahrrad im Werte von 200 Złoty bestohlen worden ist Franciszek Burhardt, Lindenstraße (Lipowa) 74.

Thorn (Toruń).

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein Thorn hielt am vergangenen Donnerstag unter starker Beteiligung seine Generalversammlung im Saale des „Deutschen Heims“ ab, bei der als Guest der Vorsitzende des Hausbesitzerverbandes für Pommerellen und den Neogau, Herr Schnell-Bromberg, anwesend war. Nach Erstattung der Jahres- und Geschäftsberichte, Rechnungslegung und des Berichts der Kostenrevisoren wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Sodann schritt man zur Festsetzung des Haushaltspolanes für 1932/33 und zur Wahl des Vorstandes, Beirats und der Rechnungsprüfer. Der bisherige Vorstand bleibt weitere zwei Jahre im Amt mit Ausnahme des bisherigen Schriftführers und jehigen Syndikus Stadt. Rundt, der sein Schriftführertum niedergelegt hat und an dessen Stelle Herr Bernhard Wunsch gewählt wurde.

Großes Interesse fand die Frage der Gründungs- und Gebäudesteuer, die für den Hausbesitz eine empfindliche Mehrbelastung bedeutet. Hierüber referierte der Syndikus. Da die Steuer in fast allen Fällen vom Bruttopreis der Mietseinnahmen errechnet wurde, während sie im Sinne des Gesetzes nur vom Nettobetrag (also nach Abzug der Kosten für Wasser- und Kanalgebühren, Müllabfuhr, Schornsteinfegergebühren und Hausflurbeleuchtung sowie in Spezialfällen auch noch nach Abzug der Kosten für

den Portier, die Zentralheizung und den Fahrstuhl) erhoben werden darf, so wurde beschlossen, gegen diese Einschätzung fristgemäß beim Magistrat Einspruch einzulegen und eventuell hernach klagbar zu werden. Der Vorstand hat gedruckte Einspruchsbögen für seine Mitglieder beschafft und gibt sie im Vereinsbüro ab.

Wie immer bei den Sitzungen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins gaben auch diesmal die Mitglieder der deutschen Stadtverordneten-Fraktion einen Bericht über ihre Tätigkeit und über besonders Wissenswertes aus der Stadtverwaltung ab. Diesem entnehmen wir, daß die Wegesteuer 1930/31 — die dem Magistrat beim Wojewodschafts-Berwaltungsgesetz 4000 Złoty und beim Allerhöchsten Verwaltungsgesetz in Warschau 10 000 Złoty Kosten verursacht hat — bei der städtischen Steuerkasse noch laufend gegen Vorlage der betreffenden Quittungen auf andere Steuerleistungen verrechnet wird. Die Rückzahlung der für die Jahre 1927 bis 1929 geleisteten Wegesteuerbeträge mußte wegen Überraschung in den städtischen Kassen noch bis 1934 verschoben werden! Sodann erfuhr man, daß das ganze städtische Budget für 1932/33 in Höhe von ursprünglich 9 409 900 Złoty um 10 000 Złoty gekürzt werden mußte, da der Stadt verschiedene Einnahmequellen durch den Staat verstopft wurden. An Einnahmen, die bisher der Stadt zugute kamen, nimmt jetzt der Staat für sich in Anspruch: den Kommunalzuschlag auf die Einkommensteuer von Gehältern und Pensionen in Höhe von etwa 450 000 Złoty, die Steuer von Luxusgegenständen, von Erbschaften und Schenkungen; ferner hat das neue Umsatzsteuergesetz den Städten die Einnahmen gekürzt, d. h. auch die Elektrizitätssteuer. Sodann mußte die Einnahmeposition aus der Bauplatzsteuer um rund 6000 Złoty auf 3000 Złoty herabgesetzt werden, weil hier viele Hausbesitzer, aufgeklärt, diese Steuer ausklagten und gewannen!

Zum Punkte „Verschiedenes“ ergriß der Verbandsvorstand das Wort und wies auf die Wichtigkeit der Abgabe der Einkommensteuer-Deklaration hin, um sich des Rechts späteren Einspruchs gegen die von amtswegen erfolgte Einschätzung nicht zu begeben. Sodann appellierte er an die Anwesenden, unter den Hausbesitzern, die noch nicht Mitglied des Vereins sein sollten, für den Eintritt zu werben, da mir in der Einigkeit die Stärke liegt.

Gegen 10 Uhr wurde die Versammlung durch den 1. Vorsitzenden Gerd vom geschlossen. \*\*

Der Wasserstand der Weichsel erfuhr gegen den Vortag eine geringe Zunahme und betrug Montag früh bei Thorn 4,22 Meter über Normal. — Aus Warschau trafen die Dampfer „Warszawa“ und „Steinkeler“ mit Passagieren und Stückgütern ein. Die gleichfalls von Warschau kommenden Dampfer „Faust“ und „Stanisław“ passierten die Stadt auf der Fahrt nach Danzig. Die von Danzig kommenden Dampfer „Atlanty“, „Kratus“ und „Pospisiel“ starteten weiter nach Warschau. Ferner ließen die Dampfer „Mickiewicz“ und „Red. Ordona“ nach Warschau und ein mit Getreide beladener Kahn nach Danzig aus.

In die Weichsel gestürzt. Der 20 Jahre alte Bootsmann Alfred Kuschel aus Thorn, der auf dem sich seinerzeit in den Danziger Gewässern aufhaltenden Kahn des Bromberger Schiffers Bischlinski Dienst tut, versinkt sich beim Festmachen des Kahns bei Schönbaum in der Trosse und fiel so unglücklich, daß er rückwärts auf den Bootsrandschlinge und dann ins Wasser stürzte. Es gelang, K. zu retten und an Bord zu bringen, wo sofort mit Erfolg Wiederbelebungsversuche an dem Bewußtlosen angestellt wurden. \*\*

Tragischer Schuß durch das Fenster. Das s. B. gegen den wegen Tötung des Landwirts Franciszek Bogrowski in angeklagten Wirt Bronisław Bożman aus Sarnowo angestrengte Strafverfahren hat, nachdem sich die Thorner Gerichte mit dieser Sache schon vielfach beschäftigt haben, kürzlich vor dem hiesigen Appellationsgericht seine endgültige Erledigung gefunden. Die Vorgeschichte ist folgende: Bożman lehrte am 7. März vorigen Jahres auf dem Rückweg vom Graudener Jahrmarkt mit seinem Bruder in das Ruhener Gasthaus ein. Hier kam es zwischen ihnen und den Nachbarn Malowksi, Klimek und Bacharek zu einem Streit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete und in deren Verlauf Bacharek empfindlich verprügelt wurde. Am Abend desselben Tages begab sich Bogrowski mit Klimek zu Bożman, um sich mit diesem wegen der Verprügung des Bacharek auseinanderzusetzen. Da Bożman die Wohnungstür verriegelte und keinen Einlaß gewährte, so gab Bogrowski zwei Schüsse gegen Tür und Wand ab. Bożman erwiederte das Feuer mit einem Schuß durch das Fenster und verwundete Bogrowski tödlich. Wegen dieser Tat wurde Bożman vom hiesigen Bezirksgericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Appellationsgericht verhandelte diese Sache in zweiter Instanz und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis. Infolge der eingelegten Berufung hob das höchste Gericht dieses Urteil auf und überwies die Sache dem Thorner Appellationsgericht zur nochmaligen Verhandlung. Das Gericht ordnete eine nochmalige Untersuchung der am Tatort gefundenen Patronenhülsen durch Warschauer Spezialisten an. Das von diesen abgegebene Gutachten besagt, daß die beiden außen gefundenen Hülsen aus dem Revolver des Verstorbenen stammen und die dritte Hüse, die man innen fand, aus dem Revolver des Angeklagten stammt. Das Appellationsgericht kam zu der Überzeugung, daß der Angeklagte den Schuß durch das Fenster in berechtigter Notwehr abgegeben hat und sprach ihn daher frei. Die Gerichtskosten wurden dem Staatschaf ausverlegt. \*\*

Händeliebstahl. Am Sonntag wurde während eines im Garnisoncasino in der Seglerstraße (Zeglarzka) stattfindenden Vergnügens eine Damehandtasche mit 55 Złoty Bargeld, Legitimationen und anderen Gegenständen gestohlen. Die Polizei wurde hierauf benachrichtigt. \*\*

An Festnahmen verzeichnet der letzte Polizeibericht zwei wegen Geldhändelstahls, eine wegen Verdachts eines Fahrraddiebstahls, zwei wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn, zwei wegen fiktlicher Verfehlungen. \*\*

Bei Nerven- und Kopfschmerzen

haben sich Togal-Tabletten ganz hervorragend bewährt. Togal stillt die Schmerzen und ist unschädlich für Magen, Herz u. a. Organe. Machen Sie noch heute einen Versuch, aber bestehen Sie in Ihrem eigenen Interesse auf Togal. In all. Apoth.

Reg.-Nr. M. S. W. 1364. Preis zl 2.—

3546

ch Konitz (Chojnice), 17. April. Der Preis für ein Bierpfund-Brot beträgt jetzt 85 Groschen. — Vor kurzer Zeit wurde hier der Arbeiter Thomas Fischke wegen zahlreicher Diebstähle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er versuchte aus seiner Zelle zu fliehen. Die Gefängnisbeamten bemerkten jedoch dies Vorhaben und verhinderten die Flucht. — Einem Chauffeur von hier wurde von einem Unbekannten das Auto gestohlen. — Auf dem letzten Wochenmarkt wurden folgende Preise notiert: Butter 1,20—1,30, Eier 1,10—1,20; Ferkel brachten 28—30 Złoty.

p Neustadt (Wejherowo), 18. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Beschuß des Magistrats, die Grundstücke an der Wallstraße durch das Katasteramt erneut vermessen zu lassen, genehmigt. Genehmigt wurde auch der Ankauf eines Landgrundstücks von 10,470 Quadratmeter in der Johannistraße, um damit eine Schule bei der Stadtparkasse abzutragen. Wegen Unrentabilität soll der Magistratsbus öffentlich meistbietend verkauft werden. Sodann soll der Magistrat aufgefordert werden, sich über eigenmächtige Verpachtungen zu erklären. Die Eingabe des städtischen Haus- und Grundbesitzervereins um Ermäßigung der Kanalisations- und Kommunalsteuer, soll dem Magistrat zur Einsicht, Erklärung und Rücksendung vorgelegt werden. Zum Schlus nahm die Versammlung verschiedene Interpellationen zur Kenntnis.

# Nienenburg (Nowe), 18. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung gelangte zur Kenntnisnahme, daß der Wojewode das städtische Budget 1932/33 genehmigt hat. Beschlossen wurde, daß nicht verbrauchte Beiträge einer Position des Stadthaushalts in eine andere übertragen und verbraucht werden können. Der Neingewinn der Stadtparkasse von 2400 Złoty soll dem Reservefonds zugeschrieben werden. Verlesen wurde weiterhin die Verfügung des Wojewoden, laut welcher schärfste Sparmaßnahmen in der Anschaffung des städtischen Kanzleibedarfs beobachtet werden soll. Ein städtisches Grundstück in der Nähe der katholischen Kirche wird gegen eine Parzelle katholischen Pfarrlandes vertauscht. Beschlossen wurde ferner der Ankauf des von einem Spezialisten angebotenen Apparats zur leichteren Feststellung von Gasverlusten. Das Schlachthausstatut wurde dahin ergänzt, daß Pferdeschlachtungen gestattet sein sollen gegen eine Gebühr von 5 Złoty, ferner sollen Pferdeuntersuchungen gegen Zahlung von 4 Złoty ausgeführt werden. Die Pachtverträge betreffend kleine städtische Pachtländer werden auf 6 Jahre verlängert, ausschließlich der Hexenfeuerpachtung, welche in 1½ Jahren abläuft. Dann erging einstimmig der Beschuß, einem hiesigen Bürger seine Steuerschuld endgültig zu streichen wegen tatsächlichen Fehlens fraglicher Mittel. Eine umfangreiche Diskussion rief schließlich die weitere Behandlung der Arbeitslosenfrage der nicht berechtigten Empfänger öffentlicher Unterstützung hervor, da die Verhältnisse unabsehlich so liegen, daß die Stadt wohl Arbeit, aber kein Bargeld zur Lohnauszahlung hat; ferner die weitere Mehrbelastung der Gebühren für Gas, Wasser und Starkstrom mit dem 15. April d. J. laut Gesetz aufhören muß, so daß also die Mehrheit der Versammlung gegen die städtische weitere Fürsorge zu stimmen sich entschließen mußte.

y Strasburg (Brodnica), 18. April. Unbekannte Diebe drangen in den Keller von Anton Farocki in der Brückenstraße ein und stahlen ein Fahrrad. — Dem Fr. Borkowski aus Gorschen (Gorszenica) hiesigen Kreises wurde vor einigen Tagen ein Anzug und eine

Graudenz.

Der Buchhandlung

Arnold Kriede

Mickiewicza 3 — Tel. 85 — müssen Sie Ihre

Graudener Anzeigen

für die

Deutsche Rundschau

ausgeben.

Geschäfts-Anzeigen, Reklame, Stellen-  
suche, Privat- und Familien-Nachrichten  
finden hierin die größte Beachtung, weil die  
Deutsche Rundschau die größte deutsche  
Tageszeitung in Polen ist u. in allen deutschen  
und vielen polnischen Familien gelesen wird.  
Preis-Berechnung wie von der Geschäftsstelle  
in Bromberg.

Bei wiederholten Aufnahmen Rabatt.  
Verlangen Sie Angebot von der  
Buchhandlung Arnold Kriede.

Verkäuferin

zum sofort. Eintritt ge-  
sucht. Deutsch. u. Poln.  
prechend. Möglichst

aus der Branche. 201

D. Israslowicz, Wybickiego 9.

Nr. 6/8. Glas, Porzellan  
und Geschäft-Artikel.

Bei jedem Artikel.

Juppe gestohlen. Die Polizei verhaftete den Täter. — Diebe, die bisher nicht ermittelt werden konnten, erbrachten die Schmiede des Johann Säcker aus Jastrabie und stahlen verschiedene Handwerkszeug.

z. Stargard (Starogard), 16. April. Ein Brand brach am Sonnabend in den Vorlagen am Bahnhof aus; das Feuer konnte schnell gelöscht werden.

z. Tempelburg (Sepolno), 18. April. Die wegen Fabrikation von Fälschgeld vor vier Wochen verhafteten drei jugendlichen Burschen aus dem nahe gelegenen Dorf Schönwalde wurden vom Gericht zu je sechs Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. — Am Dienstag, 26. April, findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

## Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* Justenburg, 12. April. Ein tragisches Ende hat ein recht betagtes Liebespaar aus Justenburg gefunden, das trotz des hohen Alters noch in diesem Monat hatte heiraten wollen. Es handelt sich um den 73jährigen Rentenempfänger Bergau und die 69jährige frühere Stiftsinlassin Amalie Bach, die bereits seit einiger Zeit einen gemeinsamen Haushalt führen. Offenbar aus Versehen hat das alte Fräulein Sonntag nach einen Gasbahn offen gelassen, und am anderen Morgen fand man das alte Liebespaar tot auf. Ein Grund zu der Annahme, daß sie etwa freiwillig aus dem Leben geschieden sind, besteht nicht, auch deuten irgend welche Anzeichen nicht darauf hin, zumal der Termin für die Hochzeit bereits festgesetzt war.

\* Neuwerder, 12. April. Grosser Brand brach in der Nacht in dem Doppelwohnhaus der Besitzer Emil Voßhardt und Emil Kurth aus, das schnell um sich griff und in kurzer Zeit das mit Stroh gedeckte Gebäude in Asche legte. Die Bewohner wurden aus tiefem Schlaf geweckt. Die Familie Kurth musste sich aus dem Fenster retten, da das Gebäude nur einen Ausgang nach hinten hatte, der nicht benutzt werden konnte, weil die Rohrverkleidung des Hauses in hellen Flammen stand. Beim Einschlagen der Fensterscheiben erlitt der Besitzer Kurth Schnittwunden an den Händen. Das Vieh wurde aus dem im gleichen Gebäude befindlichen Stall gerettet. Mitverbrannt sind Möbelstücke, mehrere landwirtschaftliche Maschinen, Getreide- und Futtervorräte. Die Brandursache wurde noch nicht festgestellt. Die Besitzer sind nur niedrig versichert, das Gebäude wurde vor rund 150 Jahren auf Anordnung Friedrichs des Großen als Spinnkaten erbaut.

## Der Widerhall des S.A.-Verbots.

### Reichsdeutsche Pressestimmen.

Der "Berliner Volks-Anzeiger" des deutschnationalen Verlagshauses Scherl (Nr. 176) meint u. a. folgendes:

"Von vornherein sei offen zugegeben, daß der Staat auch bedenkliche Maßnahmen zu treffen sich oft gezwungen sehen kann. Ob sie am Platz, ob sie extraglich oder gar notwendig sind, das ist in der Tat keine Frage des Rechts, sondern eine Frage der Politik und muß nach politischen Gesichtspunkten entschieden und untersucht werden..."

Die NSDAP hatte ein "Privatheer"; es ist verboten worden. Die SPD hat ein "Privatheer", das Reichsbanner mit seinen Schutzmärschen — dieses "Privatheer" ist nicht verboten worden. Da wir nicht annehmen können, daß Herr Groener das eine "Privatheer" einfach deshalb verboten hat, weil es einer nationalen Partei diente, und das andere deshalb ungeschoren bestehen läßt, weil es einer Linkspartei dient, so müssen die wahren Gründe für das Verbot der SA- und SS-Formationen in dem der Öffentlichkeit nicht bekannten Material über diese Formationen gesucht werden."

Scharf eindeutig Stellung gegen das Verbot nimmt die rechtsstehende "Berliner Börsen-Zeitung" in ihrer Nr. 178. Es heißt da u. a.:

"Es ist uns unerlässlich, wie der Herr Reichsinnenminister die zum Teil militärisch aufgezogenen und für die Bevölkerung besonders gefährlich konzentrierten Organisationen der Linken als weniger staatsgefährlich anzusehen kann als die Saalschutzbataillonen der NSDAP. Zu dieser Feststellung sind wir um so mehr berechtigt, als auch der Herr Reichsinnenminister weiß, daß wir überparteilich der nationalen Idee dienen und keiner Partei verschrieben sind. Die Gleichstellung der SA mit dem Rotfrontkämperbund und die Schonung der Linkspartien, die die Schaffung des sozialistischen Staates nach Überwindung des Weimarer Staates auf ihr Banner geschrieben haben, ist ein Vorgang, dem wir das Zeichen der Überparteilichkeit ganz entschieden absprechen müssen..."

... Selbstverständlich wird sich die Sozialdemokratie mit dieser ersten Abschaltung nicht begnügen. Sie wird sich ihre Entscheidung in der Reichspräsidentenwahl noch besser bezahlen lassen. Das Verbot der SA ist die erste Festlegung des Reichsregimes nach der Reichspräsidentenwahl auf das alte System der Anlehnung an die Linke. Die Regierung Brüning ist der Gefangene der Sozialdemokratie, die den Wahlkampf für Hindenburg eben nur unter der Parole "Gegen Hitler" geführt hat und logischerweise nun die fanatische Bekämpfung der Rechten durch die Reichsregierung kategorisch verlangen wird."

Die dem Reichskanzler Brüning nahestehende Berliner Zentralzeitung "Germania" (Nr. 103) schreibt:

"Wenn Reichspräsident und Reichsregierung sich auf Grund sorgfältiger und gewissenhafter Überlegung jetzt entschlossen haben, die aus den SA- und den SS-Formationen bestehende Privatarmee Hitlers aufzulösen, dann vollziehen sie damit eine staatspolitische Notwendigkeit, die von weitesten Volksfreien rückhaltlos bejaht wird. Schon lange, nicht erst seit Bekanntwerden der Ergebnisse der preußischen Polizeiaktion, wurde es als unerträglich und für die staatlichen Interessen im höchsten Grade schädlich empfunden, daß sich neben der Staatsgewalt eine ungeordnete, private Gewalt etablierte und ausbreite, über deren lezte Ziele niemand im Zweifel sein konnte..."

... Wenn also jetzt die Auflösung dieser in ihrem Dasein und ihren Zielen illegalen Truppe der Nationalsozialistischen Partei durch einen besonderen Staatsakt verfügt

ist, dann sind die Motive zu diesem Vorgehen für eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung von so zwingender Natur, daß niemand den Versuch machen sollte, sie zu missdeuten."

Die "Bayerische Volkspartei-Korrespondenz" nimmt zum Verbot der SA- und SS-Formationen Stellung und bezeichnet es als eine Staatsnotwendigkeit. Das Verbot sei keine Unterdrückung der politischen Bewegung des Nationalismus, sondern stelle nur die verletzte Rechtsbasis wieder her, auf der sich die politischen Kämpfe in der Demokratie abspielen hätten. In der Auslassung wird zum Schluss erklärt:

"Als grundsätzliche Gegner jeglicher parteipolitischen Wehrorganisation hätten wir es lieber gesehen, wenn die Reichsregierung auch gleichzeitig Organisationen ähnlicher Natur in anderen politischen Lagern verboten hätte."

Das bei Mosse erscheinende "Berliner Tageblatt" sieht in der Auflösung eine Entlastung der hitlerschen Soldaten:

"So wie sich die SA entwickelt hat, wäre sie vielleicht sehr bald zu einer Gefahr für Hitler selbst geworden, zu einer politischen und zu einer finanziellen Gefahr, da er wahrscheinlich die Ungeduld und den Geldbedarf der 200 000 oder 400 000 SA-Leute auf die Dauer nicht hätte befriedigen können. Diese Sorge wird ihm jetzt durch die Auflösung abgenommen."

Die demokratische "Frankfurter Zeitung", schreibt:

"Die Selbstbehauptung des Staates im Bewußtsein seiner Bürger und im Bewußtsein der Menschen allerwärts ist der eigentliche Zweck des jetzigen Verbotes der SA und SS. Die Regierungen der größeren deutschen Länder und vor allem die Regierung des Reiches unter der Führung des vom Volke neu bestätigten Reichspräsidenten beweisen mit dieser Maßnahme ihren Lebenswillen und ihr Selbstvertrauen."

Der sozialdemokratische "Vorwärts" (Nr. 174) kommt in einer längeren Betrachtung über das SA-Verbot u. a. zu folgender Feststellung: "Staatliche Verbote und ihre Durchführung können immer nur letzte Mittel sein. Aber sie sind notwendig, wenn das Gefüge des Staates selbst bedroht ist."

## Treviranus

### über das S.A.-Verbot.

Die Jungen Rechte, die als Glied der von Graf Westarp für die Preußenwahlen geschaffenen "Nationalen Front deutscher Stände" auch in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West, Westfalen-Nord und Westfalen-Süd mit eigenen Kandidatenlisten in die Preußenwahlen geht, hatte am Sonnabend in Essen für ihre Westfront eine Zusammenkunft ihrer Vertrauensleute mit Vertretern der westdeutschen Presse. Dabei kam Reichsverkehrsminister Treviranus, der in dieser Woche das rheinisch-westfälische Industriegebiet bereist, auf das SA- und SS-Verbot zu sprechen. Er sagte u. a.:

Die Bayerische Staatsregierung war schon vor einiger Zeit auf Grund des vorliegenden Materials entschlossen, das Verbot der SA in Bayern durchzuführen. Nun zeigt die Geschichte der letzten Jahre, daß die Möglichkeit der Länder, im Rahmen ihrer polizeilichen Befugnisse einzeln vorzugehen, die Gesamt autorität des Reichs ungewöhnlich stark gefährdet hat. Ich weiß übrigens auch genau,

dass die nationalsozialistische Führung außerordentlich dankbar ist

und selbstverständlich sein muß für die Beseitigung dieser Unruhegefahr in ihren eigenen Reihen. Dazu bringt ihr das Verbot eine ganz ungewöhnlich starke finanzielle Erleichterung. Das spielt eine nicht unerhebliche Rolle in einer Zeit, wo der Druck der Arbeitslosigkeit seit zwei bis drei Jahren und angesichts des nächsten Winters die Gemüter immer stärker in Wallung bringt. Nachdem die Bayerische Regierung entschlossen war, gegebenenfalls das Verbot auf eigene Faust durchzuführen, woran sie nach der Reichsversammlung niemand hindern konnte, stand es lediglich zur Entscheidung, wann ein solches für notwendig erkanntes Verbot durchgeführt wird. Wenn die Unterlagen die Notwendigkeit des Verbots erhärteten, mußte das Verbot in möglichst kurzer Zeit ausgesprochen werden. Die Vorsorge für die Unterbringung der durch das Verbot obdachlos gewordenen Volksgenossen ist gesichert und wird durchgeführt werden, von einzelnen Übergangsschwierigkeiten abgesehen. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich entsprechend meiner ganzen Grundanschauung ein grundsätzlich Gegenstand der negativen Verbotspraxis bin, wenn nicht auf der andern Seite der Staat zugleich dafür sorgt, daß ein positiver Erfolg für Betätigungs möglichkeiten geschaffen wird, wie ich ihn in dem

### freiwilligen Arbeitsservice

in dieser oder jener Form sehe. Die nächste Woche wird die Entscheidung darüber bringen, in welchem weiteren Umfang noch mehr Möglichkeiten des Aussangs des freiwilligen Arbeitsservice geschaffen werden können.

Auf den Hinweis, daß man im Volk die Gleichstellung des Reichsbauerns mit der SA vermisste, erwiderte Reichsminister Treviranus:

Bei dem Reichsbanner ist mir noch niemals der Gedanke gekommen, daß es sich hier um eine Armee im Staat handelt, genau wie wir niemals in Erwägung gezogen haben, den Stahlhelm zu verbieten oder die Deutsche Jugendkraft oder sonst auf eine in gleichem Schritt und Tritt marschierende Gemeinschaft den Begriff der Gefährdung der Staatsautorität anzuwenden. Wenn man die SA mit einer anderen Organisation vergleichen will, so kann man sie höchstens mit dem 1929 aufgehobenen Rotfrontkämperbund vergleichen.

Von diesem sind nachgewiesenermaßen in Süddeutschland mehr oder weniger geschlossene Abteilungen zu den SA übergetreten. Ich bin überzeugt, daß das gegen den Willen der verantwortlichen nationalsozialistischen Führung geschehen ist; aber es hat sich dadurch doch allmählich der Zustand herausgebildet, daß das Bestehen einer Armee im Staat oder eines Staates im Staat Tatsache geworden ist.

Verantwortlich für das Verbot, so sagte der Redner zum Schluss, ist die gesamte Reichsregierung einschließlich auch der Deutschen Nationalen, die in der Reichs-

regierung sitzen. Wenn so unzweckhaft deutschnational Männer wie Gürthner in Bayern und Dölinger in Württemberg als Räuber im Streit aufgetreten sind, so ist uns dadurch die Sache psychologisch etwas leichter geworden. Der Beschuß wurde von der Reichsregierung einstimmig gefasst, und sie trägt auch für ihn die volle Verantwortung.

## Kleine Rundschau.

### Klage um Hindenburgs Bart.

Der seltsamste Prozeß, der je gegen einen Hundebesitzer geführt wurde, geht augenblicklich in Zürich vor sich. Dort klägt ein Mann um einen Bart, der genau die Form hatte wie der Bart, den Hindenburg trägt. Der Kläger ist ein Mann, der sich rühmen kann, wohl der beste Doppelgänger des Reichspräsidenten zu sein, das heißt gewesen zu sein, denn er ist es ja nicht mehr, seit ihm ein bissiger Hund in das Gesicht sprang und ihm eine schwere Verletzung beigebracht. Um nun die Wunde richtig vernähen zu können, mußte der Bart vollkommen entfernt werden.

Es war mit der Ähnlichkeit tatsächlich so, daß kaum ein Tag verging, an dem er nicht auf der Straße angesprochen wurde: "Sieh da, der Reichspräsident Hindenburg! Was will der in der Schweiz?" Diese Ähnlichkeit brachte dem Mann viele Bekanntschaften und Freunde. Seit dem Unfall sind die Vorteile, die er aus seiner Hindenburg-Ähnlichkeit zog, dahin. Er hatte deshalb gegen den Hundebesitzer eine Klage angestrengt, die auch für ihn recht günstig ausfiel. Man sagte ihm einen Schadensersatz von 1500 Franken zu. Auch in der Revisionsinstanz dürfte das gleiche Urteil verkündet werden. Viel schlimmer als die geldlichen scheinen die seelischen Folgen zu sein, denn der Mann, der einst der Doppelgänger Hindenburgs war, ist schwerwiegend geworden.

### 20 000 Mark Lösegeld für eine Geige.

Der bekannte Violinist Milstein fiel vor einigen Tagen einem Diebstahl zum Opfer, der für die in Amerika herrschenden Zustände äußerst bezeichnend ist. Auf seiner amerikanischen Konzerttournee traf Milstein in Chicago ein, wo er ein Appartement in einem erstklassigen Hotel bezog. Während er mit einigen Freunden im Speisesaal des Hotels seine Abendmahlzeit einnahm, wurde seine äußerst kostbare Guarneri-Geige aus seinem Zimmer gestohlen. Das Instrument gehört zu den wenigen erhaltenen Exemplaren alter Geigenkunst. Es stammte aus dem Jahre 1742 und stand der berühmten Stradivarius-Geige im Klang keineswegs nach. Die Chicagoer Kriminalpolizei, die von dem Vorfall sofort benachrichtigt wurde, unternahm eifrige Nachforschungen. Drei Tage vergingen, ohne daß die Spur der Täter entdeckt werden konnte. Daraufhin meldeten sich die Diebe bei dem Geiger telefonisch und erklärten sich bereit, für ein Lösegeld von 20 000 Mark das gestohlene Musikinstrument zurückzugeben. Milstein ging auf das Angebot ein. Das Schicksal des Hindenburg-Lindescheint ihn belehrt zu haben, daß im Kampf mit den Banditen die amerikanische Polizei sehr häufig den Sieger steht.

## Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 21. April.

Königs Wusterhausen.

06.50 ca.: Frühkonzert. 10.10: Schulfunk. Alle Bögel sind schon da. 12.00: Wetter. Anschl.: Bekannte Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderstunde. Liederkunst. 15.45: Frauenstunde. 16.00: Pädagogischer Funk. Walther Merc. Direktor der Kirschsteiner Oberrealschule, Harburg: Zum Gedächtnis Georg Kirschsteiners. Aus seinen Werken. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Dr. Gerhard Schäfer: Das deutsche Bevölkerungselement in der Wirtschaft der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten. 18.00: Musikalischer Beispielpiegel. Wolf Götzen und Hartmut Wegener: Neue Songs. 18.30: Spanisch für Fortgeschritten. 18.55: Wetter. 19.00: Aktuelle Stunde. 19.30: Stunde des Landwirts. Landw.-Rat Dr. Amend: Aus der Praxis des bäuerlichen Wirtschaftsberaters. 19.55: Dichterstunde. E. H. Burg liest zwei Kurzgeschichten: "Wie Frieder suchte" und "Begegnung mit dem Frühling". 20.10: Von Copenhagen: Europäisches Konzert. Kurt-Sinfonie-Och. Palestrina-Chor. Udg.: Mogens Woldide. 22.15 bis 24.00: Von Hamburg: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Morgenkonzert. 10.10: Schulfunk für Volksschulen. 11.20: Was der Landwirt wissen muß! Was kann die Edelpelzherzucht d. schlech. Landwirt bringen? 11.45: Mittagskonzert. 12.30: Unterhaltungskonzert. 16.00: Kinderfunk: Die Sternschnuppe. 16.30: Hans Alibout. Unterhaltungskonzert der Funfsäppel. 17.30 ca.: Das Buch des Tages. 17.50: Stunde der Muß. 18.15: Fahrradstunde. 18.35: Stunde der Arbeit. 18.55: Wetter. 19.15: Anspr.: Das wird Sie interessieren! 19.15: Von Berlin: Tanzabend. 21.00: Hotspotus. Von Curt Goetz.

Königsberg-Danzig.

07.00: Schallplatten. 14.30: Schallplatten. 15.45: Jugendstunde. 16.15: Konzert. 17.45: Bücherstunde. 19.00: Franz. Konversation. 19.25: Kammermusik. 20.05: "Das Dreimäderlhaus". Singspiel.

Warschau.

12.35—14.00: XXIV. Konzert für die Schullugend. 14.45: Schallplatten. 15.25: Für Abiturienten: Gedichte. 16.40: Schallplatten. 17.25: Solistenkonzert. 20.10: Von Copenhagen: Europäisches Konzert. 22.30—24.00: Tanzmusik.

Wer von den

## Post-Abonnenten

die Deutsche Rundschau für den Monat Mai 1932 noch nicht bestellt hat, wolle das Abonnement rechtzeitig, möglichst heute noch, bei dem zuständigen Postamt oder bei dem Briefträger erneuern.

Bestellzettel zur gefl. Verwendung in dieser Nummer.

Bromberg, Mittwoch den 20. April 1932.

**Verfassungssorgen der Warschauer Kirche**

In der ersten Aprilwoche trat in Warschau die Synode der evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zusammen, der nur Pastoren und keine Laien angehören. Von den 185 Pastoren der Warschauer Kirche waren, wohl infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung, nicht weniger als 90 erschienen. Die Zahl der Pastoren hat sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. Während die Warschauer Kirche früher nur etwa 60 Pastoren aufwies, sind es jetzt 135. Allein in den letzten zwei Jahren sind 32 junge Theologen ordiniert worden, die zum größten Teil ihr Studium an der Warschauer Fakultät absolviert haben. Die hauptsächlichsten und wichtigsten Beratungen galten der neuen Kirchenverfassung, die auch hier trotz neunjähriger Verhandlungen mit der polnischen Regierung noch immer nicht durchgeführt werden konnte. Solange bleibt weiterhin das russische Kirchengesetz von 1849 bestehen, obwohl dieses eigentlich nur für das ehemalige Kongresspolen gilt und nicht für die angeschlossenen Gemeinden in Wolhynien, den ostpolnischen Gebieten, dem Bielitz-Teschener Gebiet und für die neugebildeten Gemeinden innerhalb der Kirchengebiete von Galizien, Posen und Pommern. Die Synode beschloß, in einer Resolution an die Regierung eine baldige entscheidende Antwort zu fordern, da die Neuregelung der Verfassung keinen Aufschub mehr dulde. Die Synode erklärte in dieser Verzögerung eine Benachteiligung des evangelischen Bekenntnisses gegenüber der katholischen Kirche. Die endgültige Formulierung der Resolution wurde dem Evangelischen Konsistorium in Warschau übertragen, so daß eine Veröffentlichung des Wortlautes jetzt noch nicht erfolgen kann. Zur Übergabe dieser Resolution an den Ministerrat und an das Kultusministerium wurde eine besondere Delegation von drei Mitgliedern gewählt, und zwar Senior Manitius, Pfarrer Krusche und Pfarrer Michelis.

Außer den bereits bestehenden sechs Diözesen sollen nach dem neuen Kirchengesetz vier neue geschaffen werden, und zwar eine wolhynische Diözese mit sechs Gemeinden, eine Diözese Posen-Pommereilen, zu der die neugegründeten Gemeinden in Posen, Bromberg, Thorn, Dirschau, Graudenz, Gdingen usw. gehören und die unter Leitung von Senior Manitius aus Posen steht. Außer ihm gehören der neuen Diözese zwei (!) Pfarrer an. Die beiden anderen neuen Kirchenkreise sind Wilna und Lublin. Die neue Verfassung sieht insgesamt 128 Pfarrgemeinden und 28 Filialgemeinden vor.

Zu diesen Verhandlungen über die Verwaltung gehörte auch ein Referat über das Kantorat, das in den weitverstreuten Kolonistengemeinden Kongresspolens und Wolhyniens bekanntlich eine große Rolle spielt, da die Kantoren unentbehrliche Helfer des Pastors sind. Für 4000 Seelen steht durchschnittlich nur ein Pastor zur Verfügung. Das Referat von Pastor Kneifel über die Kantoratsfragen schlug die Gründung eines eigenen Kantorenseminars vor. Auch die Schulfrage wurde sehr eingehend erörtert, namentlich die Gefahren, die nach dem neuen Schulgesetz für den evangelischen Religionsunterricht und für den muttersprachlichen Unterricht bestehen. Es wurde die Forderung gestellt, daß bei 80 evangelischen Kindern an einer Volksschule mindestens eine evangelische Lehrkraft angestellt werden müsse. Weitere Referate beschäftigen sich mit den Aufgaben der Jugendpflege und der Inneren Mission und mit dem Entwurf des neuen Ehrengesetzes, das für die östlichen Teilegebiete, die bisher keine Strafgesetze kennen, von besonderer Wichtigkeit sein wird. Die Synode stand unter der Leitung von Generalsuperintendent D. Burtsche, der selbst die Predigt im Eröffnungsgottesdienst hielt.

pz.

**Schutz des Privat- und Familienlebens.**

Bon Landgerichtsdirektor Dr. Barth-Zwickau.

Schon seit Jahren wird die Frage erörtert, ob das geltende Recht den Schutz der persönlichen Ehre genügend gewährleistet. In Presse und Parlament wurde über mangelnden Ehrenschutz oft Klage geführt. Entschließungen sind an die gesetzgebenden Gremien gerichtet worden, aus dem dringenden Verlangen, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um der Ehre den gebührenden Schutz zu verschaffen. Auch eine Verstärkung des Ehrenschutzes im Auge der Gesetzgebung wurde wiederholt angeregt. Der Ruf nach einem wirklichen Schutz der persönlichen Ehre führte in Deutschland im Jahre 1909 zu der sogenannten kleinen Strafgesetznovelle, die jedoch nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Seitdem hat die Erörterung dieses Problems nicht ausgesetzt, vielmehr eine immer stärkere Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise gefunden.

Der Hauptvorwurf, der sich gegen das geltende Strafrecht auf dem Gebiete des Ehrenschutzes richtet, geht dahin, daß es das Privatleben des einzelnen, insbesondere das Familienleben, vor Bloßstellung und Heraussetzung zu wenig schützt. Daß auf diesem Gebiete erhebliche Missstände vorhanden sind, kann nicht bestritten werden. Schuld daran trägt vor allem der hochgradige Missbrauch, der zur Bloßstellung des Gegners mit der völlig unbeschränkten Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises in Prozessen wegen Beleidigung getrieben wird. Nicht selten kommt es vor, daß der Bekleidete im Verlaufe des Verfahrens aus seiner wahren Stellung als Sühnefordernde Person in die Rolle des Verfolgten gedrängt wird, indem seine zivilen Verhältnisse und sein Familienleben zum Gegenstand häblicher Erörterungen in der Öffentlichkeit gemacht werden. Der Wahrheitsbeweis braucht nicht zu gelingen; schon das Vorbringen des unwahren Beweisantrages kann (und soll vielfach) den Kläger schädigen. Man hat deshalb das Verlangen gestellt, den Wahrheitsbeweis im Strafverfahren wegen Beleidigung überhaupt auszuschließen, wenn die beleidigende Behauptung lediglich Angelegenheiten des Privat- und Familienlebens berührt und wenn der Bekleidige in der Absicht, zu schmähen oder aus Gewinnsucht oder aus einem anderen niedrigen Benegegrund die Behauptung öffentlich aufgestellt oder verbreitet hat. Daß die Abschneidung des Wahrheitsbeweises in solchen Fällen einen erheblichen Teil der Nach-

teile aufhebt, die jetzt für den Bekleideten aus der gesetzlich unbeschränkten Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises verbunden sind, kann nicht bezweifelt werden. Schon der deutsche Strafgesetzentwurf vom Jahre 1925 verfolgt dieses Ziel durch Schaffung eines sogenannten Indiskretionsdelikts, wonach derjenige, der intime Vorgänge des Privat- und Familienlebens des einzelnen an die Öffentlichkeit zerstört, ohne Rücksicht auf die Wahrheit oder Erweisbarkeit der fraglichen Behauptung wegen Indiskretion unter Strafe gestellt wird, und die Fragen, um die es sich hier handelt, beschäftigen aus Anlaß der Strafrechtsreform auch den Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstags.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die sogenannte Skandalpresse und ihre vollendete Blüte, den Revolverjournalismus, hingewiesen werden. Fast in jeder größeren Stadt, z. T. auch in mittleren Provinzstädten, gibt es „Zeitungen“, die davon leben, daß sie bald über diese, bald über jene deutlich erkennbare Person schreiben. Eröffnungen über Unglück oder Schande ihrer Mitmenschen bringen und aus solcher Bloßstellung von Menschen ein glänzendes Geschäft machen. Leider finden gerade derartige Blätter oft reizenden Absatz. Mancher freut sich, wenn dem lieben Nächsten etwas am Zeuge geschieht wird, und wenn die Angriffe versteckt und verschleiert sind, so gewährt es dem Betreffenden einen besonderen Reiz, herauszulesen, auf welche Person sich diese Angriffe beziehen. Daß der hierdurch Getroffene oft Zeit seines Lebens schwer geschädigt, ja zumeist geschäftlich ruiniert wird, kümmert die Skandalblätter, die davon leben, ebenso wenig wie diejenigen, die es reizt, derartige Skandal- und Skandalgeschichten zu lesen. Alljährlich wird nach einer Berechnung im Reichsgebiet in weit über 150 000 Zeitungsexemplaren auf solche Weise der verächtliche Schmuck, insbesondere auch in sexueller Beziehung, in die deutsche Bevölkerung getragen. Besonders Gerichtsverhandlungen bieten eine der besten Quellen für solche Skandalblätter. In einer Versammlung in einer Großstadt, zu der alle an der Reinhaltung des öffentlichen Lebens interessierten, insbesondere die Presse, eingeladen waren, wurde darauf hingewiesen, wie viele Nervenzerrüttungen, Selbstmorde, Ehezwiste auf das Konto dieser Skandalaffären zu setzen sind.

Es sind auch Fälle bekannt geworden, in denen derartige Blätter regelrecht zu Expressionsversuchen ins Leben gerufen wurden. Zahlungsfähige Personen werden zur Aufgabe von Anzeigen oder zum Bezug animiert; sie gehen darauf ein, um vor derartigen Angriffen sicher zu sein. Denn wenn sie es nicht tun, werden kompromittierende Enthüllungen über sie gebracht. Das ist die sogenannte Chantage, die ihre Heimat, wie das französische Wort zeigt, in Frankreich hat. Darunter versteht man eine Tätigkeit, die der „Revolverjournalismus“ entfaltet, um eine Geldzahlung durch Bedrohung mit Veröffentlichungen peinlicher Art zu erzwingen. Der berüchtigte Renaissance-Schriftsteller Ariosto, bekannt durch seine Schmäh- und Spottverse, soll der Begründer dieses übrigens internationals verbreiteten Gewerbes sein.

Bemerkenswert ist, daß fast die gesamte internationale Gesellschaft sich mit dem Problem beschäftigt, wie dem ehrverleidenden Treiben des „Revolverjournalismus“ wirkungsvoller entgegentreten werden kann. In Deutschland sind Bestrebungen vorhanden, durch Aufstellung eines besonderen strafrechtlichen Tatbestandes neben der Expressum für ein strafrechtliches Vorgehen eine bessere Handhabe zu schaffen, als sie das gegenwärtige Recht bietet. Gerade die anständige Presse ist an der Ausrottung dieser schändlichen Gewerbes interessiert.

Daß die Ehre relativ so wenig geschützt ist im Vergleich zu den materiellen Gütern, für deren Schutz die Gesetzgebung in ganz anderem Maße Sorge getragen hat, wird als ein Zeichen des starken Materialismus angesehen, der unserer Zeit eigen ist. Bemerkenswert ist eine Entwicklung, die schon vor Jahren der Preußischen Richterverein gefasst hat und in der ausdrücklich anerkannt wird, daß die Ehre durch die besonderen Verhältnisse unserer Zeit schuhbedürftiger geworden ist. Jedenfalls hat die Ehre Anspruch auf mindestens ebenso wirksamen Schutz wie die materiellen Lebensgüter.

**Rundschau des Staatsbürgers.****Neue wichtige Verordnungen.**

Das Gesetz über die Lombard-Kredite für Holz – Steuererleichterungen für die Landwirtschaft.

Im Dzennik Ustaw Nr. 21 vom 14. d. M. ist eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen veröffentlicht, die für das Wirtschaftsleben von weittragender Bedeutung sind. In Pos. 217 ist zunächst ein Gesetz veröffentlicht, wodurch die Lombardierung von Holz nach dem Muster der Getreide-Lombardkredite eingeführt wird. Der Holzindustrie und den Waldbesitzern steht diesem Gesetz auf folge die Möglichkeit zu bearbeitetes und unbearbeitetes Holz zu lombardieren. Dadurch wird den interessierten Wirtschaftskreisen der Holzbranche die Beleihung ihres Holzbesitzes mit Lombard möglich, um so in dringenden Fällen Umlaufkapital zu beschaffen. Das Holz-Lombard-Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft.

In Pos. 219 ist die Verordnung des Finanzministers und des Innenministers über die der Landwirtschaft zugewährten Steuererleichterungen veröffentlicht. Wir haben uns bereits eingehend mit den Einzelheiten dieser Verordnung beschäftigt. Das Gesetz ist mit dem Tage der Veröffentlichung, d. h. am 14. April d. J. in Kraft getreten. Wiederholt sei hier, daß der Termin zur Rückzahlung der vor dem 1. Oktober 1931 entstandenen Rückstände an staatlichen und kommunalen Steuern, d. h. der Grund-, Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer auf den 15. August 1932 verlegt wird. Den landwirtschaftlichen Steuerzahldern, die trotz eines ihnen bereits früher zugestandenen Aufschubes bis zum 31. Dezember d. J. freiwillig

Rückstände der oben erwähnten Art zurückzahlen, werden weitere Erleichterungen in Form von Gutschriften zugeteilt.

Nicht unerwähnt darf eine weitere Verordnung des Arbeits- und Handelsministeriums bleiben, die eine Neuordnung der Arbeitszeit der in Transportunternehmen beschäftigten Personen vorsieht. Diese Verordnung bezieht sich auf Transportarbeiter, auf die in Transportunternehmen beschäftigten Führer von Lastautomobilen sowie Autobussen und deren Gehilfen bzw. Autobusfahrer. Die Verordnung bringt eine Abänderung des Arbeitsgesetzes vom 18. Dezember 1919. Dieser Verordnung auf folge darf für alle darin erwähnten Berufsarten die Arbeitszeit nicht zehn Stunden am Tage oder 580 Stunden innerhalb von 18 Wochen überschreiten. Diese Verordnung tritt am 15. Mai d. J. in Kraft.

**kleine Rundschau.**

Die Not der Landwirtschaft in Polen.

In einer der letzten Nummern des „Dziennik Polski“ erschien eine Anzeige der Hauptdirektion der Warschauer Bodenkreditgesellschaft über die Versteigerung von 115 Landgütern, die mit Anleihen der Gesellschaft belastet sind und für rückständige Teilzahlungen im September zwangsweise verkauft werden.

Ein Buch, an dem 300 Jahre lang gearbeitet wurde.

Am 6. April wurde in Paris die große Grammatik der französischen Sprache von der Akademie der Wissenschaften herausgegeben. Dieses Ereignis dürfte in der Geschichte der abendländischen Kultur ohne Beispiel stehen, denn – man hat an dieser Grammatik rund 300 Jahre gearbeitet. Im Jahre 1686 gab der damalige allmächtige Minister von Frankreich, Kardinal Richelieu, der Akademie den Auftrag, ein Wörterbuch und eine Grammatik der französischen Sprache zusammenzustellen. Während nun die „Unsterblichen“ – wie die Mitglieder der Akademie in Frankreich genannt werden – mit dem Wörterbuch in einer verhältnismäßig kurzen Frist fertig wurden (das Buch wurde „bereits“ im Jahre 1694 herausgegeben), schien die Grammatik auch für die Akademie eine so harte Mühsal darzustellen, daß für deren Zusammenstellung Jahrhunderte benötigt wurden.

Die Weltgeschichte schritt über die „Unsterblichen“ hinweg. Das französische Königtum fiel in die Verseitung, aus den Wirren der Revolution ging die Weltmacht eines Napoleon hervor, aber immer arbeiteten in den verstaubten Hinterzimmern der Akademie die „Unsterblichen“ an der Grammatik. Die größten Schlachten der damaligen Weltgeschichte wurden geschlagen, die Macht Napoleons fiel in Staub und Asche, es kamen neue Herren, neue Menschen leiteten die Geschichte der Welt. Barrifäden wurden rings um die Akademie errichtet, Straßenkämpfe ausgetragen, das Gesicht der Welt änderte sich gewaltig, aber immer saßen die Gelehrten an ihrer Grammatik. Napoleon III. zog in Paris ein, der deutsch-französische Krieg brach aus – Bismarck schritt an der Spitze der deutschen Truppen nach Frankreich, – die „Unsterblichen“ hatten für diese Ereignisse kein Interesse. Der Weltkrieg kam. Paris schwiebte in Gefahr. Vier Jahre lang kämpfte man in Europa. Das alles ging aber an den „Unsterblichen“ spurlos vorüber. Endlich, endlich ist dieses Werk jetzt im Jahre 1932 fertig geworden. Man fragt sich nun: es muß doch ein Wunderwerk der Wissenschaft sein, an welchem eine so gründliche Arbeit geleistet worden ist? Zweifellos. Man höre, zu welchen Definitionen die Gelehrten in den 300 Jahren gelangt sind. Wir schlagen das Buch auf und lesen:

„Ein Vokal ist ein Laut der durch Mitwirkung der Luft erzeugt wird, wodurch leichtere, indem sie aus der Kehle herausströmt, die Stimmbänder in Bewegung setzt.“

Man staune über die Ergebnisse einer 300jährigen wissenschaftlichen Arbeitsleistung!

**Bestellungen**

auf die

**Deutsche Rundschau**

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern angenommen.

**Dieser Bestellzettel für Mai 1932**

ist ausfüllbar dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.  
Jede Postanstalt, auch Wandbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausfüllbar entgegenzunehmen.

Na Mai — Für Mai

Pan

Herr

Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Ercheinungs- ort	Na czas (miesiąc) Be- zugs- zeit Monate	Abona- men- Be- zugs- zeit Monate	Należy- tość Post- gebühr 31.
1 Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	1	5,-	0,39

Pozwolenie. — Dostęp.

Złoty zapłacono dzis.  
Złoty sind heute richtig bezahlt worden.  
dnia  
den

1932

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Der Getreidemarkt der Woche.

Auf dem Weltgetreidemarkt hat um die Osterzeit eine Klarung eingefehlt. Die Lage ist durchaus nicht mehr so verwirkt und unübersichtlich, wie in den ersten Monaten des neuen Jahres. Die Preiserholung am Getreideweltmarkt, insbesondere für Weizen und Roggen, ist bereits zur festen Tendenz geworden. Vorübergehende Abweichungen können kaum eine Veränderung bringen. Einen starken Auftrieb erhielten die Preise durch die Preiserholung an den Getreidebörsen der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die amerikanischen Markteneignisse sind unzweideutig auf die schlechten amerikanischen Ernteaussichten zurückzuführen. Nach den Angaben von Georg S. Milnor, des Präsidenten der "Grain Stabilization Corporation", ist mit einem prozentigen Ernteaussfall des Wintergetreides zu rechnen. Im allgemeinen dürfte die kommende Ernte um 40 Prozent der sechsjährigen nachstehen. Diese Tatsache hätte jedoch noch nicht genugt, um die steigende und seltene Tendenz hervorzurufen, wenn nicht die durch das Farm Board aufgestellten Vorräte stark zusammengezerrt wären. Während im Juli vorigen Jahres die vom Farm Board gesammelten Vorräte 257 Millionen Bushel betragen, sind sie im Augenblick auf ein Drittel ihrer vorjährigen Höhe zusammengezerrt. Es besteht demnach keine Befürchtung, daß diese Mengen eine Preisdrohung für die Getreide Märkte bedeuten könnten, sie sind zu gering, um in der aufsteigenden Preistendenz eine Rolle zu spielen. Sie werden vom Farm Board wahrscheinlich als Ergänzung der kommenden Fehlbeläge verwendet werden. In amerikanischen Landwirtschaftskreisen erwartet man eine Aufwärtbewegung aller anderen Landwirtschaftsprodukte, in bezug auf die Baumwolle hat sich diese Erwartung bereits bestätigt.

Richt nebensächlich ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Frankreich seine Käufe durch die Heraushebung seiner Vermühlungsquote fortsetzt. Die englische Nachfrage am Weizenmarkt hat sich durch die Pfundsteigerung erheblich belebt. Mitteleuropa ist nach wie vor Abnehmer, auch die Ost- und Südsüdoststaaten Europas rechnen im Augenblick mit ihren noch vorhandenen Vorräten, da in fast allen diesen Ländern die Aussaatflächen stark verringert wurden.

An den ausländischen Getreideplätzen hat die Preiserholung vielfach 10 Prozent erreicht und überschritten. — Ein Vergleich der beiden Preisstellen beweist dies:

	Wheat	Roggen	Gerste	Oat
Berlin	52,58	41,84	39,43	33,87
Hamburg	24,90	20,16	20,88	16,20
Liverpool	19,20	—	—	24,60
Chicago	17,95	15,57	20,82	14,30
Am 10. April:				
Berlin	55,02	42,34	39,86	34,77
Hamburg	24,59	21,67	22,32	16,85
Liverpool	19,40	—	—	24,90
Chicago	18,51	16,50	20,85	15,70

Der deutsche Markt lag überaus fest, die Preise zogen vornehmlich für Weizen an. Die Devisensituation des Reiches schafft Situationen, die für die Belieferung des Marktes durch ausländische Getreide sehr schwierig sind. Man befürchtet sogar, daß die Marktversorgung ganz ungenügend werden wird, da das Angebot vom Ausland sehr schwach ist. Mangelhaft ist auch das Angebot an Roggen. Gleichfalls fest lagen Hafer und Gerste.

Der polnische Markt verzeichnete eine Preiserholung, die sich vornehmlich in Roggen und Weizen auswirkt, aber nicht ungünstig für Hafer und Gerste war. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Wochen schufen schlechte Zuflussmöglichkeiten, die sich in der Preisgestaltung auswirken. Das Angebot wird in nächster Zeit kaum besser werden, da der Beginn der Frühjahrsbestellungen die landwirtschaftlichen Kräfte abschwächt.

## Zinsentwicklung bei den Sparkassen.

Die kommunalen Sparkassen haben Schritte unternommen, die von ihnen gezahlten Zinsen für Spareinlagen herabzusetzen. Im Einvernehmen mit dem Verbandsrates des "Verbandes der kommunalen Sparkassen" soll eine Zinsenkung für Spareinlagen in den Sparkassen der fünf größten Wirtschaftsgemeinden Polens erfolgen, und zwar in Warschau, Lemberg, Krakau und Posen. Die Zinsenkung wird sowohl durch die städtischen Sparkassen, wie durch die Kreissparkassen durchgeführt werden. Da aber der Beschluss des Verbandsrates vor seiner Inkraftsetzung durch die einzelnen kommunalen Sparkassen bestätigt sein muß, ist demzufolge zu erwarten, daß die Zinsenkung für neue Spareinlagen noch im Laufe des Monats April, spätestens aber am 1. Mai, erfolgen wird, während die Zinsenkung für alte Spareinlagen aus technischen Gründen erst am 1. Juli verwirklicht werden wird.

Die Frage der Zinsenkung ist im Laufe der letzten Monate wiederholt Gegenstand von Beratungen nicht allein der kommunalen Sparkassen, sondern auch der privaten Kreditinstitute gewesen. Von interessierten Wirtschaftskreisen, insbesondere von Seiten der Landwirtschaft, der Gewerbetreibenden und des Handels, ist wiederholt die Forderung gestellt worden, eine Senkung der Kreditzinssätze vorzunehmen, da mit der allgemeinen Tendenz des Preisabschlusses und der Kostensteigerung die geforderten Kreditzinssätze unmittelbar hoch waren und demzufolge eine Differenz entstehen müßte, die sich in der Produktion überaus nachteilig auswirkt. Solange das Problem der Einlagezinsen nicht gelöst war, solange konnte keine Rede davon sein, den Forderungen der Wirtschaft nachzukommen. Der Beschluss des Verbandsrates des Verbandes der kommunalen Sparkassen ist daher für das gesamte Wirtschaftsleben Polens, und nicht zuletzt in seinen Rückwirkungen auf die privaten Kreditinstitute von weittragender Bedeutung. Eine Zinsenkung kann jedoch nur dann günstige Wirtschaftsfolgen zeitigen, wenn der Senkungsprozeß allgemein vollzogen wird, ohne daß besondere Kreditorganisationen dieser Tendenz fremd gegenüberstehen und dadurch die Spanne noch erweitern.

## Deutscher Kreditverein A.G.

### Schließt die Schalter

Berlin, 18. April. (PAT) Der "Deutsche Kreditverein A.G.", dessen Aktienkapital 6 Millionen Mark beträgt, hat mit dem heutigen Tage seine Zahlungen eingestellt und die Schalter geschlossen. Einer der Großteilhaber an diesem Kreditinstitut ist bekanntlich Hugenberg. Die Kundchaft der Bank setzt sich aus den Kreisen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes zusammen. Die Bankleitung wandte sich an die Gläubiger mit der Aufforderung, das Liquidationsverfahren einzuleiten.

### Eine neue Beamtenbank in Warschau.

Infolge der wachsenden Verschuldung der polnischen Beamtenchaft bei den Selbsthilfekassen ist man in Warschau zur Gründung einer besonderen Beamtenbank gezwungen, um die Beamten vor Kreditwucher durch private Geldverleiher zu schützen. Von letzteren werden für Beamtendarlehen Wucherzinsen zwischen 4–10 Prozent monatlich verlangt.

Der Hauptvorstand der Staatsbeamten-Bereinigung hat die Organisationsarbeiten fürzlich abgeschlossen und die Kreditinstitution für Staatsbedienstete in Form einer Genossenschaftsbank eröffnet. Ziel und Aufgabe dieser Bank ist die Rationalisierung und Kreditverbilligung für staatliche Beamte und in erster Linie die Einleitung einer Entschuldungskktion für die Beamten. Diese Aktion ist bereits eingeleitet, indem die Bank Entschuldungsdarlehen für einen Zeitraum von 50 Monaten gegen 8 Prozent Zinsen und Amortisierung der Darlehen in monatlichen Raten zu gewähren begonnen hat.

### Firmennachrichten.

Bromberg. In Sachen des Konkurses über das Vermögen der Fa. "Wielkopolska Papiernia Sp. Akc." in Bromberg Termin am 28. April, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 4.

Bromberg. In Sachen des Konkurses über das Vermögen der "Kasa Skarżyska Sp. z nieogr. odp." in Skarżysko (Silesia) Termin am 28. April, 9 Uhr, im Burggericht Bromberg, Zimmer 4.

v. Thörn (Toruń). Zahlungsausschub hat die Firma Kryszanowski in Ciepielki jawną spółką hand. in Thörn beantragt. Beurteilungstermin am 11. Mai 1932, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 7.

# Ist der Tiefpunkt der Depression überschritten?

## Die Voraussehungen für eine Konjunkturbesserung.

Über eine Unterredung, die unser Dr. F. S. Wirtschaftskorrespondent mit Prof. Lipiński, dem Direktor des polnischen Konjunktur- und Preisforschungsinstitutes, hatte, erhalten wir einige Ausführungen, die wir im folgenden unserer Lesern unterbreiten:

Fast in regelmäßigen Zeitabständen begegnen wir in der Presse aller Länder und aller Schattierungen Prognosen, die eine Besserung der Weltwirtschaftslage ankündigen. So war es im Frühjahr 1931, so war es nach dem Punktursturz ähnliche Stimmen ließen sich auch heute vernehmen. Wieviel Wahrheit liegt in dieser Art von Voraussagen?

"Ich muß gleich einleitend feststellen", so führt Prof. Lipiński aus, "daß gemäß objektive Voraussehungen für den Übergang von der Depressionsperiode zu einem Konjunkturanstieg heute ebenso vorliegen wie sie vor einem Jahr bestanden. Die Warenvorräte sind relativ gering, auch die Bestände in den Hauptrohstoffen auf dem Weltmarkt sind nicht groß, es läßt sich die Tendenz einer Steigerung des infolge der Depression unbefriedigten Bedarfes feststellen, es liegt die Notwendigkeit vor, gemäß Neuinvestitionen vorzunehmen, die in den letzten Jahren vernachlässigt worden sind, die Produktionsanlagen in hohem Maße abgenutzt oder veraltet, es besteht also die Möglichkeit, die schlummernde Nachfrage zu wecken."

Warum will sich trotzdem eine Besserung der Konjunktur nicht einstellen? Hauptfaktor aus dem Grunde, weil auf das Wirtschaftsleben der ganzen Welt factoren psychologisch-politischer Natur einen mächtigen und bestimmenden Einfluß ausgeübt haben. Die kurzfristige Kapitalflucht, die zu einer wirtschaftlichen Desorganisation in einer Reihe von Staaten geführt hat, der Zusammenbruch des Geld- und Kapitalmarktes, insbesondere in Österreich und Deutschland, die völlige Verreibung des Kredit- und Kapitaltauschs zwischen den Staaten der Welt, der Währungs zusammenbruch in einer Reihe von Ländern und der Zollkrieg aller gegen alle hat zu einer Vernichtung der Weltwirtschaft geführt. Diese war aber keineswegs das Resultat eines normalen Wirtschaftsprozesses, sondern war ausgelöst durch außerwirtschaftliche Faktoren. Es ist also klar, daß eine Änderung in der Wirtschaftslage nur unter der Voraussetzung vor sich geben kann, wenn eine Klarung der politischen Verhältnisse bis zu einem Grade erfolgt, der wiederum Kapitalinvestitionen möglich macht und die internationale Kreditmaschine neuordnet in Bewegung setzt.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheinen alle Versuche, den Konjunkturverlauf vorauszusehen zu wollen, lächerlich. Derartige Versuche gehören eher in das Reich der Hölleborei, stehen also im Zusammenhang mit dem Wirkung höherer Kräfte über jene Volkswirte, die heute derartige Prognosen stellen. Es hat dies nichts gemein mit der normalen Konjunkturprognose, die auf wirtschaftlichen Kalkulationen aufgebaut ist. Es gibt bei uns in Polen Wirtschaftspolitiker, die sich das Verdienst zuschreiben, die gegenwärtige Wirtschaftskrise vorausgesehen zu haben.

Eine derartige Behauptung ist geradezu absurd. Eine Weltwirtschaftskrise von dem Umfang, wie sie im Herbst 1930 eintrat, konnte überhaupt niemand voraussehen. Könnte auch nur ein Mensch den Eintritt der deutschen Finanzkatastrophe im Jahre 1931 und die schweren finanziellen Ershütterungen Englands prognostizieren?

Wenn wir unseren Blick Polen zuwenden, so ist rein theoretisch die Möglichkeit einer Konjunkturbesserung gegeben. Die objektiven Hindernisse für den Eintritt einer Besserung liegen in der Weltwirtschaft, insbesondere in der Desorganisation des Weltexportmarktes. Würden jedoch jene Summen, die in Polen thesauriert oder eventuell ins Ausland abgewandert sind, wieder ins Land zurückkehren und wirtschaftlich in Funktion treten, so hätten wir es mit einer Art von Deflation zu tun. Würden die Banken nicht so starke Kreditrestriktionen vornehmen und nicht so ängstlich auf eine möglichst hohe Liquidität bedacht sein, dann würde eine bedeutende Erweiterung der Kreditaktivität eintreten und, da in Polen zweifellos ein starker Warenhunger und auch das Bedürfnis vorhanden ist, eine ganze Reihe von Investitionen, insbesondere von Neuinvestitionen vorgenommen — es genügt nur anzuführen, daß die Produktion gegenwärtig niedriger liegt als im schwersten Monat Februar des Jahres 1926 — so ist zu erwarten, daß eine gewisse Besserung in den Umsätzen und in der Produktion eintritt. Es bleibt noch die Lösung des Problems, ob es nicht von Nutzen wäre, die Spannweite, die zwischen der Bankrate der Bank Polisi und dem Zinsfuß der Privatbanken

besteht, herabzusetzen. Diese Differenz ist so groß, daß sie die Höhe des Zinsfußes übersteigt, der bei den Banken in Westeuropa in Anwendung ist.

Eine derart hohe Spannweite stellt eine wirtschaftliche Absurdität dar, führt zu einer starken Differenzierung der Bedingungen, unter denen die einzelnen Wirtschaftsgruppen Kredite erhalten, bildet also einen Faktor, der die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht bringt.

Ist eine Besserung der wirtschaftlichen Situation in Polen, unabhängig von der Weltmarktlage, möglich? Eine solche erscheint sogar durchaus wahrscheinlich. Natürlich wären die Ausmaße einer solchen Besserung der Finanzlage lediglich mit eigenen Mitteln ohne Zufuß ausläufigen Kapitals relativ begrenzt. Trotzdem würde eine solche die Beschäftigung eines Großteils von heute außer Betrieb stehenden Produktionsanlagen ermöglichen und die Vornahme zumindest der allerdringendsten Neuinvestitionen gestalten. Soll es aber zu dieser Besserung kommen, so müßte der psychische Druck der Weltwirtschaftskrise, namentlich der Krise in den Nachbarländern aufhören. Dazu ist die Ansicht, als ob alle kapitalistischen Länder der Welt sich gleichzeitig in derselben Konjunkturphase befinden. Die Universalität der heutigen Krise sucht man damit zu erklären, daß dieselbe in hohem Grade eine Agrarkrise ist, die international sein muß, oder eine Finanzkrise, die gleichfalls die Tendenz besitzt, sich auf alle Länder zu erstrecken. Wenn aber schon gewisse Prozesse der Anpassung und Liquidation vor sich gehen, kann die Konjunktur Entwicklung in den einzelnen Ländern verschiedene Wege gehen. Man könnte also in gewissem Sinne die These von dem inflatorischen Charakter der Entwicklung der Weltwirtschaftskonjunktur aufstellen. Natürlich stellt diese "Inselkonjunktur" einen sehr relativen Begriff dar.

Was könnte zu einer raschen Überwindung der Wirtschaftskrise in Polen führen?

Hierzu ist in erster Linie notwendig eine Senkung der Kartellpreise sowie überhaupt all jener Preise, die seit 1928 nicht herabgesetzt wurden.

Eine Rückkehr zum Preisniveau des Jahres 1928 erscheint nicht möglich; denn selbst wenn eine Konjunkturbesserung und im Zusammenhang damit ein leichter Preisanstieg eingesetzt würde, könnte auch bei einer Kreditinflation die Steigerung des Preisniveaus einige Prozent nicht überschreiten. Würden die Preise für jene Waren, die ihr Niveau aus den Jahren 1927–1928 beibehalten, weiter unverändert bleiben, würde dies ungefähr so wirken wie ein betoniertes Damum auf dem Wege zur Überwindung der Depression. Sind nämlich die Preise für Fertigerzeugnisse, beispielsweise in Landmaschinen niedrig, liegen dagegen die Preise der Produktionsfaktoren bei, beispielsweise für Eisen, außerordentlich hoch, dann erscheint die Vornahme von neuen Investitionsoperationen seitens der verarbeitenden Industrie unmöglich. In diesem Falle verurteilt der hohe Eisenpreis eine beständige Arbeitslosigkeit im Innlande, da jede Erweiterung der Produktionsstätigkeit in den Eisen- und den mit ihm verbundenen Produktionszweigen paralytiert wird. Daher stellt die Senkung der bisher nicht herabgesetzten Preise eine wirtschaftliche Notwendigkeit dar.

Was die Baumaßnahmen betrifft, so erscheint mir eine Finanzierung der Baubewegung mit eigenen Kapitalmitteln bei dem gegenwärtigen bestehenden Kapitalmangel nicht zweckmäßig. Bei den gegenwärtigen Baufosten mangelt es in Polen an einem Wohnungsmarkt. Die Mobilisierung eines Großteils der sehr beschrankten Kapitalreserven für Wohnbauzwecke bedeutet eine empfindliche Schwächung des Kapitalmarktes für solche Investitionen, die die Produktion vervollkommen, ihre Kosten herabsetzen und zum Bau von Produktionsanlagen dienen, welche systematisch Waren produzieren und dauernd Arbeiter beschäftigen. Dagegen stellt der Wohnungsbau eine vorübergehende, nicht produktive Aktion dar. Zugleich amortisiert sich das in Produktionsanlagen investierte Kapital rasch und kehrt wieder auf den Geldmarkt zurück, wo durch wiederum neue Investitionen ermöglicht werden.

**Die Verschuldung der Landwirtschaft.** Nach Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums beträgt die Verschuldung der Landwirtschaft Polens 3850 Millionen Rötel, 2850 Millionen entfallen auf sogenannte langfristige Kredite, 1500 Millionen auf kurzfristige Kredite. Die vom Landwirtschaftsministerium veröffentlichte Statistik umfaßt lediglich die von den staatlichen und Verwaltungsinstitutionen, ferner von großen Privatbanken erzielten Kredite.

Weizen	27,75–28,00	Sommerweizen	21,50–23,50
Roggen	26,50–26,75	Blane Lupinen	11,00–12,00
Gerste	21,75–22,75	Gelbe Lupinen	15,00–16,00
Gerste 68 kg	22,75–23,75	Seradella	28,00–30,00
Braunerste	24,50–25,50	Fabrikartoffeln pro Rötel %	18,00
Hafer	21,50–22,00	Senf	30,00–35,00
Roggenmehl (65%)	40,00–41,00	Roggenstroh, lose	—
Weizenmehl (65%)	41,75–43,75	Roggenstroh, gepr.	—
Weizenkleie	15,50–16,50	Heu, lose	—
Weizenkleie (groß)	16,50–17,50	Heu, geprägt	—
Roggenkleie	17,25–17,50	Nehku	—
Naps	32,00–33,00	Leinluchen	36–38%, 26,00–28,00
Velutichen	25,00–27,00	Leinluchen 36–38% 26,00–28,00	18,00–19,00
Felderkerben	23,00–26,00	Kapstücken 36–38% 18,00–19,00	—
Vittoriaerben	23,00–36,00	Sonnenblumen	—
Folgerkerben	32,00–36,00	luchen 46–48% 19,50–20,50	—

Gesamtrendite: beständig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 15 to, Weizen 60 to, Gerste 10 to, Hafer 30 to, Roggenmehl 65 to, Weizenmehl 30 to, Roggenkleie 5 to, Weizenkleie 87,3 to, Weizengröße 3,5 to, Kartoffeln 915 to.

**Daniger Getreidebörse vom 18. April.** Nichtamtlich. We